

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Voll-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 20 Pf. Monat. Eingereicht in der Post-Zeitung-Verzeichnisse für 1896 unter Nr. 7377.

Arbeiter

Anfertigungs-Gebühr beträgt für die fünfzehnjährige Zeitdauer oder deren Bruchteil 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Insetate für die nachstehende Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-Tagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Lehrsprache: Amtl. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 24. Januar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Abänderungen der Gewerbe-Ordnung.

Die jahrelange Agitation des Zentrums und der Klein-gewerbetreibenden soll endlich Früchte tragen. Seit einem Jahr-zehnt wird für eine Einschränkung des Hausgewerbes petitionirt und agitiert, im vorigen Jahre legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, der jenen Wünschen zum Teil Rechnung trug, das Zentrum brachte einen noch weitergehenden Antrag und der Reichstag überwies beide einer Kommission, die ihre Beschlüsse erst am 17. Mai 1895 gedruckt vorlegen konnte, am selben Tage, an dem die Session geschlossen wurde.

Nun hat die Regierung den Gesetzentwurf von neuem ein-gebracht und dabei einen Teil der Kommissionsbeschlüsse, die sich auf Einschränkung der bestehenden Gewerbebetriebe richteten, berücksichtigt. Leider ist zu befürchten, daß der Reichstag die-mal zu einer Erledigung der Vorlage kommen wird und zwar in einem der Gewerbebetriebe feindlichen Sinne, so daß eine große Anzahl in der heutigen Wirtschaftsordnung legitimer Erzeugnisse plötzlich den Boden unter den Füßen weggezogen bekommen.

Entgegen können wir nur die Abänderung, welche der § 32 der Gewerbe-Ordnung erhalten soll dahingehend, daß zum Betriebe von Schauspielern Bestimmungen schärfere Bestimmungen als bisher maßgebend sein sollen. Die Erlaubnis wird nach dem Gesetzentwurf versagt, wenn der Nachsuchende den Besitz der zu dem Unternehmen nötigen Mittel nicht nachzuweisen vermag. Diese Abänderung ist, entsprechend der Regierungsvorlage von 1895, von der Kommission angenommen und diesmal mit dem-selben Wortlaut wieder eingebracht worden.

Zu der Kommission von 1895 hatten die Vertreter der sozial-demokratischen Fraktion bereits darauf hingewiesen, daß diese Bestimmung nur zum Teil die berechtigten Forderungen der Bühnengewerbetreibenden erfüllt und sie gegen gewissenlose Aus-übung seitens der Direktoren nur unvollkommen schützt. Unsere Genossen hatten beantragt, daß hinter § 32 der Gewerbe-Ordnung noch eine Reihe von Paragraphen ein-gefügt würden, durch welche die Bühnengewerbetreibenden so gut wie jeder andere Arbeiter gegen die gerade in diesem Beruf schamlos herrschende Ausbeutung Schutz erhalten. Das glänzende Glend des Schauspielers-Daseins wurde von ihnen so zutreffend ge-schildert, daß tausende von Bühnengewerbetreibenden des In- und Aus-landes ihnen Zustimmungsschreiben schickten und sich mit den Forderungen einverstanden erklärten, die von unseren Genossen gestellt wurden, nämlich: gleiche Ausübungsfrist für Bühnengewerbetreibende und Unternehmer, Geldstrafe und zwar bis zu bestimmter Grenze für kontraktbrüchige An-gestellte wie Unternehmer, Einschränkung der Strafgebel auf höchstens ein Viertel der Lohngelde und Verwendung derselben zu Unterstützungszwecken der Angestellten, Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte für Streitigkeiten aus dem Engagements-verhältnis, Einschränkung der Vermittlungsgebühr der Theater-Agenturen — dieser Vorschläge für Bühnengewerbetreibende — auf höchstens 2/3 v. H. der Gage des ersten Jahres.

Die Kommission konnte damals nicht umhin, diese Anträge ihrer Tendenz nach zu billigen, meinte aber in ihrer Mehrheit, daß sie in einem besonderen Gesetzentwurf oder an einer anderen Stelle der Gewerbe-Ordnung anzubringen seien, und überwies sie den verbündeten Regierungen zur Kenntnisnahme. Da es zu einem Reichstagsbeschluss nicht kam, brachte der Bundesrath nicht offiziell Stellung zu diesem Beschluss der Kom-

mission zu nehmen. Aus der Thatsache aber, daß die Anträge unserer Kommissionsmitglieder weder in dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf berücksichtigt noch in den Motiven erwähnt sind, andererseits aber auch bis jetzt keine andere Regelung dieser bringenden Frage vorgeschlagen wurde, können die Bühnengewerbetreibenden ersehen, daß die Regierungen ihren gerechten Wünschen nicht die genügende Berücksichtigung zu Theil werden lassen, und daher ein Petitionssturm seitens der Bühnengewerbetreibenden nicht unangebracht wäre. Uebrigens werden unsere Fraktionsredner sicherlich ihre Forderungen zu gunsten der Bühnengewerbetreibenden wieder aufnehmen.

Weit entgegenkommender waren die verbündeten Regierungen gegenüber den reaktionären Wünschen auf Konzessionierung des Kleinhandels mit Bier und des Handels mit solchen Drogen und chemischen Präparaten, welche zu Heilzwecken dienen. Frühere Bestimmungen trift besonders den Flaschenbierhandel, der den Schankwirthen ein Dorn im Auge ist; ein Zentrumsantrag wollte denselben ganz beseitigt sehen! Wir haben keine Ursache, irgend einem Gewerbebetreibenden auf Kosten des anderen Vorrechte zu gestatten, und auf solche kommt es für die Schankwirthe heraus, wenn der Flaschenbierhandel verboten oder, wie der Gesetzentwurf entsprechend den Kommissionsbeschlüssen von 1895 will, untersagt werden kann, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbebetreibenden in bezug auf diesen Gewerbebetrieb darthun. Das klingt ja ganz berechtigt und scheint sich nur gegen die Bier-pantscher zu richten, giebt aber der Polizeibehörde eine Fülle von Vollmachten, die zu schlimmen Konsequenzen führen kann. Uebrigens würde dem Schankwirthen mit der Annahme des An-trages wenig geholfen sein; der Flaschenbierhandel wird stetig wachsen, nur können eine Anzahl kleiner Existenzen dann viel-leicht beseitigt werden und der Großbetrieb durch Brauereien, welche direkt das Flaschenbier dem Konsumenten liefern, wird wachsen.

Die Einschränkung des Drogisten-gewerbes war selbst der Kommission zu arg gewesen; sie hatte dieselbe nicht an-genommen, der Regierungsentwurf bringt sie aber wiederum vor. Den Apothekern wird das schon recht sein, dem Publikum aber nicht, denn in der Praxis läuft die Gesetzesvorlage auf eine Ver-günstigung der Apotheker hinaus und diese vertheuern ohnehin die Heilmittel hoch genug.

Artikel 3 der Vorlage, der die Bestimmungen über den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft sowie über den Klein-handel mit Branntwein oder Spiritus auf Konsum- und andere Vereine ausdehnt, trifft nicht nur die sogenannten „Schnapf-Konsumvereine“, welche zu fördern auch wir gar keinen Anlaß haben, sondern auch alle anderen Konsum-genossenschaften; bei diesen soll die Konzessionserteilung von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht werden, die aber nicht nach dem Ermessen der Genossenschaftsmitglieder entschieden wird, sondern danach, ob nach Annahme der betr. Behörde in dem Ort resp. Stadtviertel oder Straße auch durch andere, in private Kaufleute oder Schankstätten dem von der Behörde gnädigst an-erkannten Bedürfnis abgeholfen wird. Diese Ausdehnung der Konzessionsbestimmungen auf Konsumgenossenschaften, deren Be-trieb nur auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist, muß als eine ungerechte Forderung bekämpft werden. — Die Aus-dehnung der Sonntagstrafe auf die Konsum-genossenschaften, die infolge mangelhafter Redaktion der Gewerbe-Ordnung bisher nicht möglich war, ist selbstverständlich gutzuheißen. Dagegen sind die gegen die Hausierer und Detail-

reisenden gerichteten Bestimmungen ein Ausnahme-gesetz in des Wortes schlimmster Bedeutung. Das Ausschließen von Bestellungen auf Waaren soll nur bei Kaufleuten oder solchen Personen geschehen, in deren Gewerbebetriebe Waaren der angebotenen Art Verwendung finden. Während es den Großkaufleuten unbenommen bleibt, ihre Kataloge und Muster-sendungen durch die Reichspost dem Publikum in die Wohnung zu senden, soll der Detailreisende nicht mehr Bestellungen beim großen Publikum aufsuchen dürfen. Als ob durch ein solches Verbot der Kleinhandel gefördert würde! Ganz im Gegentheil — der Geschäftsbetrieb durch Verwendung von Mustern und Katalogen, wie ihn Karlolph Herzog, oder J. A. Deese, oder Gerson in Berlin und andere Großunternehmer jetzt schon betreiben, wird noch größere Verbreitung erlangen. Die Kommission von 1895 hatte „Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke“ von diesem Verbot ausgenommen, obwohl das Zentrum diese ganz besonders treffen wollte. Die Regierungsvorlage giebt dagegen den gesamten Kolportagehandel den bildungsfeindlichen Bestrebungen der Dunkelkammer preis, die es am liebsten hätten, wenn das deutsche Volk nur Traktätschen lesen würde. Auch der vom Zentrum beantragte Kommissionsbeschluss, daß bei Lieferungsverträgen die Zahl der Lieferungen des Werkes und dessen Gesamtpreis von vornherein angegeben werden muß, ist in die Regierungsvorlage aufgenommen. Wenn das Zentrum glauben machen will, sein Antrag richte sich gegen die Kolportageromane, so ist dies einseitig. Nicht diese will es treffen, denn es weiß, daß es diese am wenigsten treffen kann, da mit der Romankultur leichter wie jeder anderen die Möglichkeit gegeben ist, den Umfang des Werkes fest zu be-grenzen und durch Hinweise auf eine Fortsetzung, die als selbständiger neuer Roman erscheint, zum Weiterkauf der Hefte Anlaß zu geben. Die „Geschichten einer Familie“, wie sie Dunas, Jola, Zholeray u. a. schreiben, können auch in der Kolportageroman-Literatur die Möglichkeit schaffen, die Spannung der Leser — und damit die Kauflust — ins Unbegrenzte zu steigern. Wissenschaftliche Lieferungswerke, besonders natur-wissenschaftlicher, sozialpolitischer und legalistischer Art, können aber weit weniger genau vorher abgegrenzt werden und ihnen erwachsen durch Annahme der Regierungsvorlage große Schwierigkeiten. Darüber freuen sich natürlich solche Glaubens-streiter, die wie jenes alte Weib sich glänzlich schämen, wenn sie ein Scheitern zum Scheitern beitragen können.

Der Hausirhandel soll auf Personen beschränkt werden, die das 25. Lebensjahr (bisher 21.) erreicht haben. Offenlich lohnen die Eidschelder, die bis jetzt kaum ultramontane sind, ihrem Abgeordneten diesen Einbruch in die Gewerbebetriebe, der gerade den Eidscheldern den Erwerb bedeutend ein-schränkt. Der Hausirhandel ist heute ein durchaus ebenso berechtigter Erwerb wie jeder andere. Wenn ihn die Regierung, den schwarzen Spuren des Zentrums folgend, be-hindert wissen will, so ist das reaktionär, ohne dem Klein-gewerbe damit zu helfen. Dem ansässigen Kleinhandel, der im Hausirer seinen geborenen Feind zu erblicken vermeint, wird durch solche Gesetze doch nicht geholfen; ihn reißt der groß-kapitalistische Wolf, auch wenn er — mit nationalliberaler Wiederleit — sich als Freund der armen Schäflein aufspielt.

Die meisten Bestimmungen der Gewerbeordnungs-Novelle sind also, wie wir zeigten, nicht im Interesse der großen und ärmeren Massen der Bevölkerung getroffen, so daß deren Vor-kämpfer die Novelle ablehnen werden, wie sie dies bereits 1895 und früher, gethan haben.

Clotilde. (Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von P. W. M. von Walthausen.

„Das gebührt ihm“, fiel der Baron ein, „hören Sie folgende Geschichte:“

„Durch meinen Bruder lernte ich einen Lieutenant kennen. Derselbe hatte eine Braut, die ihn sehr liebte und die auch mit meiner Schwester bekannt war. Diesen Lieutenant beherrschte die unglückselige Leidenschaft des Spiels im hohen Grade. Seine Vermögensverhältnisse waren zwar glänzend, aber er zerrüttete sie mehr und mehr durch zu hohes, gewagtes Spiel. Eines Tages war seine Braut bei meiner Schwester auf Besuch, da trat der Lieutenant ganz verächtlich und erregt bei uns ein.“

„Was fehlt Dir?“ mit diesen Worten sprang ihm seine Braut entgegen und schlang beide Arme um seinen Hals.

„Ich habe — mein Ehrenwort verpfändet — Du mußt mir eine Gefälligkeit erweisen.“

„Gewiß! Kannst Du fragen? Was soll ich thun?“

„Du mußt auf ein paar Tage zu Verglühn gehen.“

„Zu Verglühn?“ prallte seine Braut zurück.

„Seine Frau erwartet Dich.“

„Seine Frau? Sprich deutlicher, lieber, bester Adolph.“

„Verglühn hat mir aus einer augenblicklichen, großen Verlegenheit geholfen und knüpfte daran jene, zwar sonderbare, aber kleine Bedingung. Ich sagte sie ihm zu, weil ich Deiner großen, aufopfernden Liebe bewußt bin und ich habe mich nicht getäuscht — sprich, Mary?“

„Nein!“ war die verzweifelt ihrem Innern abgerungene Antwort. Mary umarmte ihren Bräutigam und barg stumm ihr Gesicht an seine Brust. Nach einigen Sekunden blickte sie auf und sagte: „Komm, wir wollen gehen.“ Sie nahm Abschied von meiner Schwester und mir, freundliche Mienen erzwingend; wir bemerkten nur zu deutlich,

daß die Thränen in ihren Augen perlten. Der Lieutenant führte sie, ihre Liebe und Hingebung war eine so innige, daß sie sich von ihm sofort zur Schwiegermutter Verglühn's bringen ließ. Ich suchte dieser seltsamen Angelegenheit auf den Grund zu kommen, und erfuhr folgendes: Der Lieutenant hatte in der vorletzten Nacht so tollkühn und unglücklich gespielt, daß er ruiniert dastand und doch noch eine große Summe auf einen ausgestellten Ehrenschein zahlen mußte. Alle Wucherer belamen von ihm Geld, keiner wollte neue Kredite geben. Endlich erbot sich Verglühn, die Summe zu schaffen unter der Bedingung, daß bis zu deren Begleichung Mary, die Braut des Lieutenants, in seinem Hause als Pfandobjekt verweile. Sie durfte sich zwar frei bewegen, aber die Gräfin Mary sorgte dafür, daß sie die Villa nicht verlassen konnte. Daß eine so schändliche Bedingung gestellt werden konnte, war unerhört, daß sie eingegangen und vollzogen wurde, hatte ich ja erlebt. Ich war empört und beschloß derartige schändliche Handlungen öffentlich zu brandmarken. Vor allem galt es aber, das unglückliche Mädchen aus ihrer Gesangenenschaft zu befreien. Ich war eben mündig geworden und konnte über mein Erbtheil verfügen. Ich beschloß, dasselbe flüssig zu machen, um dem Lieutenant davon die Summe geben zu können, die seine Braut erlösen sollte. Meinen Eltern sagte ich, daß ich eine Zeitung anzukaufen beabsichtige. Ehe das Geld ausgezahlt wurde, vergingen immerhin noch einige Tage. Verglühn gab, trotz wiederholter Vorstellungen und Bitten, das Mädchen nicht frei. Endlich konnte ich dem Lieutenant das Geld einhändigen. Er eilte zu Verglühn, tilgte seine Schuld und erhielt dafür seine abgehärmte Braut zurück. Kein Wort des Vorwurfs kam indeß über ihre Lippen, vielmehr stiesz Frohlocken, daß sie ihren Adolph wieder umarmen konnte. Sie beglückte sogar ihre bekümmerte Mutter, als der Lieutenant die Tochter ihr wieder zuführte. Diesen Fall erzählte ich, die Geldangelegenheit verschweigend, meinen Eltern und

war ganz erkannt, dieselben auf Seiten Verglühn's stehen zu sehen. Sie unterzogen mich über diese Geschichte zu sprechen unter Androhung ihrer höchsten Ungnade. Als ich bekannte, daß ich bereits einen Feuilleton-Artikel darüber geschrieben und eingereicht habe, erfuhr ich zu meinem Schrecken, daß in jenen abscheulichen Handel mein jüngerer Bruder verwickelt war. Er hat in jeder Nacht mit seinem Freunde, jenem Lieutenant, zu gleichen Theilen ge-spielt und den Ehrenschein mit unterzeichnet. Ich zog sofort mein Schriftstück zurück, aber es war nicht abzuwenden und wurde als Skandalgeschichte in hohen Kreisen erzählt. Jetzt sollte ich öffent-lich widerrufen. Ich verweigerte dies. Meine Eltern wiesen mich aus dem Hause. Die beiden Offiziere, mein Bruder und der Lieutenant mußten ihren Abschied nehmen. Sie gingen beide in fremdländische Dienste, der letztere nach Italien, mein Bruder nach Frankreich. Die Braut des Lieutenants konnte sich nirgends mehr sehen lassen, sie zog fort, wurde Schauspielerin, hatte aber wenig Glück. —

„Sie hieß, fiel Georgine hier plötzlich ein — Mary Segler?“

„Sie wissen?“ fragte erstaunt der Baron.“

„Ich weiß, daß ihr Bräutigam der Lieutenant von Scheven war.“

„Auch das ist Ihnen bekannt?“ Nun, Sie haben recht, ich suchte aus Schömmung die Namen zu verschweigen.“

„Sie haben überhaupt sehr edelmüthig gehandelt.“ begann jetzt Brambach, „wie aber wurde es mit Ihrem ver-liebenen Gelde?“

„Ich habe erst jetzt erfahren, daß der Lieutenant v. Scheven zum Hauptmann avanciert, im italienischen Kriege gefallen ist, man sagt, weil er sich tollkühn vor-gedrängt. Er hat mich und seine Braut zu Erben testamentarisch eingesetzt. Da die Hinterlassenschaft eine geringe ist, so habe ich zu gunsten des Fräulein Mary Segler, die ihre Mutter mit erhält, verzichtet.“ (Fortf. folgt.)

Ueber die Vorgänge im Transvaal

hat der Ausschuss des Volksraats des Orange-Freistaates einen Bericht erstattet, der nach dem „Daily Chron.“ im Auszuge lautet:

Aus den Studien aller und unterbreiteten Aktenstücke geht unzweifelhaft hervor, daß die Ereignisse in Johannesburg und das der wilde, völlig ungerechtfertigte Einfall Jameson's eine Kette von Thatsachen bilden, die während der vorhergegangenen Monate kalten Blutes vorbereitet worden sind, und zwar von einer Vereinigung, die ihre Verzweigungen über ganz Südafrika hat und die ohne Zweifel von der unter dem Namen Chartered Company bekannten Britisch-Südafrikanischen Gesellschaft mit ihrem ganzen Einfluß und allen ihren Mitteln unterstützt wurde. Die Bewässerung der Einwohnerlichkeit von Johannesburg, soweit sie thatsächlich vorhanden ist, wurden von den Häufscharen der Verschwörung nur dazu benutzt, um die Augen der Menge zu blenden, sich durch falsche Vorspiegelungen deren Mitwirkung zu sichern und die Sympathie des Auslandes zu erregen, daß aber der wirkliche Zweck der ganzen Bewegung der Umsturz der gegenwärtigen Regierung der Südafrikanischen Republik und ihrer Unabhängigkeit war, vermutlich mit ähnlichen Anschlüssen gegen den Orange-Freistaat. Wir entdecken ferner, daß schon zu Beginn des vorigen Jahres eine Vereinigung gebildet worden war, an der sich Angehörte der Chartered Company beteiligten hatten, und daß späterhin Truppen gewonnen, einbezogen und mit Waffen, Kriegsvorrath, Pferden, Sätteln und allen anderen Erfordernissen ausgerüstet worden waren; daß alle notwendigen Schritte ergriffen waren, um den Erfolg einer solchen Expedition zu sichern und daß an verschiedenen Orten der Südafrikanischen Republik Niederlagen geplant waren, um für die in ihr Gebiet einfallenden Truppen Nahrungsmittel, Pferde und was sonst notwendig war, zu verschaffen; die einzelnen Entfernungen von der Grenze von Britisch-Betschuana-Land bis nach Johannesburg und Pretoria waren berechnet. Karten der verschiedenen Straßen nach diesen beiden Städten waren entworfen, die Umgegend von Pretoria genau skizziert und die zweckmäßigsten Angriffspunkte aufgesucht; daß die Truppen der Chartered Company vom Norden nach der Umgegend von Mafeking an der Westgrenze der Südafrikanischen Republik gebracht worden waren, daß eine große Anzahl der zu der Polizei von Britisch-Betschuana-Land gehörigen Truppen von der Chartered Company angeworben und eben dortin berufen worden waren, wo sie in bewaffneter Bereitschaft gehalten wurden, eben so wie in Maschona-Land und Matabele-Land, so daß auf ein vorher vereinbartes Zeichen (900) die ganze Truppenmacht oder ein Theil derselben gleichzeitig von einem oder mehreren Punkten aus in Transvaal einrücken konnte; daß an mehreren Orten der Kapkolonie und in Natal Leute in Geheim angeworben, daß Geschütze und Kriegsvorrath auf geheimen Wegen von Zeit zu Zeit und seit langem nach Johannesburg eingeschmuggelt worden waren; daß zwischen den Führern der Bewegung in Johannesburg und den Angestellten der Chartered Company, welche die Bewegung außerhalb des Staates vorbereiteten, ein steter Verkehr bestand; daß, gemäß den der Südafrikanischen Republik zugegangenen Nachrichten, gewisse Stämme der Eingeborenen gegen sie aufgereizt worden waren und eine feindselige Haltung gegen die Republik angenommen hatten; daß eine organisierte Verschwörung ihre Verzweigungen unzweifelhaft sowohl in fremden Ländern wie in ganz Südafrika und in fast allen Seehäfen Südafrika's hatte, so daß sie im Stande war, Waffen, Kriegsvorrath und selbst Munitionsgeschütze, auf welchem Wege auch immer, zu landen und zu versenden.

Diese schwerwiegende Anklageschrift gegen Jameson und die Chartered Company wird verstärkt durch Mittheilungen aus einer nicht minder zuverlässigen Quelle. Am Sonntag Morgen trafen in Plymouth 17 kornwallische Vergleute vom Transvaal ein. Sie hatten alle in den Gruben bei Johannesburg gearbeitet und waren abgereist, ehe die Krise eintrat. Die Leute erklärten, daß es eine Thatsache sei, daß seit Monaten der Sturz der Regierung des Transvaals vorbereitet worden ist. Die meisten Bergwerksdirektoren hätten ihre Arbeiter bewaffnet. „Wir haben nicht ein, weshalb wir unser Leben wegen einiger Kapitalisten in die Schanze schlagen sollten, die doch nur die allerhöchsten schättesten Ziele verfolgen.“ In Johannesburg hat man bekanntlich die kornwallischen Vergleute der Feigheit bezichtigt. Als die siebzehn von Johannesburg mit der Bahn abreisten, bestellte man an ihren Waggons einen Zettel mit der Aufschrift: „Feiglinge's Waggon“. Von Weihnachten an wurden die Arbeiter in Johannesburg einbezogen und die Bergwerksinspektoren schickten Frauen und Kinder fort.

Der Burgher L. E. Jacobs, der auch am Sonntag in Plymouth eintraf, erklärt, daß die Vorbereitungen zu der Erhebung seit zwei Jahren getroffen worden wären. Hinter dem allem stehe Cecil Rhodes. Das Haupt der kapitalistischen Verschwörung in Johannesburg wäre Lionel Phillips gewesen. Der Putz habe schliesslich nicht viel Böses angerichtet. Das aber sei sicher, daß es in einigen Jahren im Transvaal zum wirklichen Kriege kommen werde.

Das englische Blatt „Daily News“, das leitende Blatt der

Kunst und Wissenschaft.

Heinrich und Heinrich's Geschlecht heißt die neueste Historie Wildenbruch's, deren erster Theil die Tragödie „König Heinrich“ am Mittwoch unter rauschendem Beifall zum ersten Male im Berliner Theater aufgeführt wurde. Der zweite Theil soll im Laufe dieser Saison noch folgen. Die Entstehung der Wildenbruch'schen Tragödie soll in die Zeit reichen, da wir noch mitten im Kulturkampf standen. Danach hätte man es mit einem Jugendwerk Wildenbruch's zu thun, mit dem der Verfasser aber erst jetzt und offenbar in einer Neubearbeitung an die Öffentlichkeit tritt. An die Jugendart Wildenbruch's mahnt auch das volltönende theatralische Pathos, das im „König Heinrich“, dem Bühnen von Kanossa, das Ohr des Hörers stärker trifft, als es in den letzten Dramen Wildenbruch's der Fall war. Auf eine Neubearbeitung und ein Ausmerzen aller grell kulturkämpferischen Kraftsprachen darf man zunächst aus der Gestalt des Papstes Gregor schließen, einer Charakterstudie, so verworren, wie sie selbst bei Wildenbruch, dessen schwächste dichterische Seite das Charakterisierungsvermögen ist, selten wäre. Vielleicht ist dieser Papst als böhartiges Ungeheuer gedacht, das im Plebejertrop und Reid, aus innerer Gemeinheit, sich gegen die Sonnenmajestät des Königs empört. Dann erinnerte sich der Dichter an die Pflicht poetischer Objektivität, und dem Wilde des Papstes wurden Züge eines adligen Schwärmers und heroischen Fanatikers aufgeprägt. Dies Alles giebt keine konplizierte Menschennatur, es läuft rein äußerlich nebeneinander her.

Eine neue Seite seines hervorragend theatralischen Talents offenbart Wildenbruch im „König Heinrich“ nicht. Wildenbruch's Felder sind die richtigen Theaterprinzipien; und wenn ihr Inneres dem wachsernen Automaten gleiche, nach außen stöhren sie immer im Purpur und Hermelin. Aber im Weltkampf der Dichter gab das Publikum diesmal dem Theaterlicht vor den feineren Menschendarstellern den Preis, die nicht genug darauf achteten, daß die Bühne eben etwas von dem theatralischen Draufgängerthum eines Wildenbruch brauche.

An vorwärts treibende Kräfte unserer Zeit rührt Wildenbruch's Tragödie nicht und der große kulturgeschichtliche Gegensatz der römisch-deutschen Kämpfe wird kaum schwach angedeutet. Darin ist Wildenbruch stets unfähig nain geblieben: auf der

liberalen Partei, sagt angeführt aller solcher Enthaltungen: Zwei Sachen sind durchaus klar: erstens, daß die Chartered Company gesetzlich und moralisch für die Handlungen ihres Administrators verantwortlich ist; zweitens, daß es die Pflicht des Parlaments ist, festzustellen, auf welche Weise Jameson's Einbruch herbeigeführt wurde. Wenn unsere Minister gestatten, daß die Company ihren Freibrief und ihre jegige Macht, Unheil anzurichten, beibehält, so wird von Europa berechtigter Weise geschloffen werden, daß sie ein öffentliches Verbrechen billigen.“

Politische Uebersicht.

Berlin, 23. Januar.

In der heutigen Reichstags-Sitzung wurde zunächst die zweite Berathung über die Etats der Reichs-, Post- und Telegraphen-Verwaltung zu Ende geführt. Die Ueberführung und schlechte Lage der Postunterbeamten wurde abermals insbesondere vom Genossen Vebel anschaulich beleuchtet. Den reaktionären konservativ-ultramontanen Bananen, die bekanntlich in der Verwendung von Geldern für wahrhaft kulturwidrige Zwecke nimmermüde sind, aber bei Kulturzwecken dienenden Banlichkeiten gespart sehen wollen, trat Genosse Singer mit der Bitte entgegen, bei den Militär- und Marine-Etats zu sparen, wo recht viel zu sparen ist. Der Etat der Reichsdruckerei gab dem Unterstaatssekretär Fischer Gelegenheit, dem nationalliberalen Professor Abgeordneten Haje über einfache gesetzliche Bestimmungen, die dem Herrn Gelahrten unbekannt geblieben waren, Auskunft zu geben. Der Etat des Reichstags wurde debattelos genehmigt. Der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei gab dem Abg. Barth (fr. Bg.) Gelegenheit, in einer sachlichen, mit Humor und Sarkasmus gewürzten Rede die Regierungen nach ihrer jetzigen Stellung zum Bimetallismus und zur Währungskonferenz zu befragen und dabei mit den Silberleuten liebenswürdig-grob ins Gericht zu gehen. Der Reichskanzler erhob sich und erklärte etwa, daß er in einiger Zeit über die Stellung der Regierungen zur Währungsfrage Auskunft zu ertheilen gedente. Hieran ergriff natürlich Silber-Kardorff das Wort, um in alter langweiliger Weise seine alten abgedroschenen Redensarten zu wiederholen. Daß seine Plattheiten noch übertroffen werden konnten, bewies der konservative Limburg-Stirum. Dieser konservative Führer sprach außerdem noch seinen Schmerz über den russischen Handelsvertrag aus. Barth hielt darauf den Herrn Kardorff und Genossen noch eine kleine Vorlesung. Kardorff gerieth darob in solche Wuth, daß er den Abgeordneten Barth bedingt einen „infamen Lügner“ nannte. Diese bodenlose Unverschämtheit des Vertreters der Silber- und Junker-Interessen veranlaßte den Abg. Barth zu der Behauptung, daß das eine Grobheit und Unverschämtheit sei, die er sich nicht gefallen lasse. Da der Herr Präsident nicht feststellen konnte, welcher von beiden der Schuldige sei, so gab er beiden je einen Ordnungsruf. Der Etat des Reichskanzlers wurde dann zu Ende geführt. Nächste Sitzung: Etat des Reichsamts des Innern, morgen um 1 Uhr.

Au dem Präsidenten des Reichstags würgen die Nationalliberalen herum, weil er in keiner Sitzung des Reichs-Jubeltags gedacht hat. Diese charakterlosen Burschen verlangen wohl, daß die Katholiken den Reichskulturkampf bejubeln sollen? Wenn die Katholiken ein so biegsames Rückgrat hätten, wie die nationalliberalen Mannesleuten, und dieselbe Fähigkeit, die Gesinnung zu wechseln, dann allerdings würden sie es ja wohl thun. Vielleicht hätte Herr Buol am 17. oder 20. d. Mts. doch ein paar förmliche Worte gesagt, aber da Leute im Reichstage sind, die vermutlich protestirt hätten, so war er so klug, es zu unterlassen.

Ueberhaupt haben die Nationalliberalen jetzt fortwährend etwas an dem Präsidenten zu tabeln. Er soll Mißgriffe begehen. Und das ist richtig. Allein er begeht nicht mehr Mißgriffe, als frühere Präsidenten, namentlich nicht mehr als sein Vorgänger, mit dem er aber auch die gute Eigenschaft gemein hat, sich nicht als unsehbar hinzustellen und einen Irrthum, wenn erkannt, sofort zu verbessern. Jedemfalls hat er das Bestreben, unparteiisch zu sein. Die Herren Nationalliberalen haben beiläufig am wenigsten Ursache, sich als Richter aufzuspielen. Wenn die beiden nationalliberalen Präsidenten: Simson und Jordanbeck, waren die schlechtesten und parteiischsten Präsidenten, die der Reichstag gehabt hat.

einen Seite Jung-Siegfried, der Sonnenheld, auf der anderen das alte Gewürm, das ihn zu vernichten strebt. Vor der philtros-kindischen Anschauung scheint Wildenbruch da nicht zurück. Sein König Heinrich ist eine Advennatur; schon der zehnjährige Knabe im Vorspiel zeigt seine Tugenden, der junge Herrscher ist mächtig von seinem königlichen Amt durchdrungen. Des Königs Wille ist Deutschlands Gesetz und Königstreue Deutschlands Religion, ruft er mehrfach aus. Aber sein rauher Herrenmuth wird im harten Unglück milder; und als in der Weihnacht der verkehrte, vom Bannsucht getroffene König die Liebe seiner treuen Gattin erkennt, und als die Kindlein von Worms auf Geheiß ihrer Eltern gar mit Weihnachtstebäumen kommen, da schmilzt des Königs Hochnuth in Mäßigkeit. Nicht ein Härte der Gewalt, ein Härte des Friedens will er werden. Seine Königserhebung ist auf sentimentalische Weise, die das Publikum zum Schluchzen brachte, beendet und er beschließt, nach Kanossa zu gehen. So wird mit weichen Sentiments Weltgeschichte auf den Brettern erklärt.

Der Wildenbruch'schen Rhetorik weiß Sommerhoff (König Heinrich) Schwung und Glanz zu verleihen; Herr Krause, der klare, eindringliche Sprecher, gab den Papst Gregor.

Im Alexanderplatz-Theater ist die Aufführung der neuen Operette Paris von Hans Löwenfeld wegen Erkrankung einer Mitwirkenden bis zur nächsten Woche verschoben worden.

Ueber die Anwendung der Röntgen'schen Strahlen in der wundärztlichen Praxis theilt die Londoner medizinische Zeitschrift „Lancet“ den folgenden interessanten Fall mit: Im Londoner St. George's-Hospital liegt schon seit Monaten ein Maitrofe krank darnieder, dessen Extremitäten sich im Zustande vollkommener Erstarrung befinden. Er kann weder gehen, noch stehen, noch vermag er auch mit den Händen etwas zu greifen. Vor Monaten hatte man ihn betrunken ins Spital gebracht. Auf dem Rücken, in der Gegend der Wirbelsäule, war eine kleine blutende Wunde zu sehen, die indes schon nach einigen Tagen wieder verheilte, während der Kranke selbst gelähmt blieb. Alle bisher angewandten Heilverfahren erwiesen sich als fruchtlos. Dr. Williamson, der Primärarzt der betreffenden Spitalabtheilung, kam nun, als er von den Röntgen'schen Experimenten las, auf die Idee, in der beschriebenen Weise mehrere Rückenpartien des Kranken

Der 18. Januar: Artikel des „Vorwärts“ ist von unseren Genossen im Ausland, namentlich in Frankreich sehr lebhaft begrüßt worden; und die „Petite Republique“ widmet ihm eine längere Betrachtung. Nicht im französisch-chauvinistischen Sinn, wie unsere Herren Chauvinisten den französischen Sozialisten anzudichten für gut halten, sondern als Waffe gegen den französischen Chauvinismus. In Frankreich verfolgt nämlich die Bourgeoisie genau dieselbe Taktik wie in Deutschland, das heißt, sie beschuldigt die Sozialisten des Vaterlandslosigkeit und hält ihnen den Patriotismus der Sozialisten des Auslandes als Muster vor. In den Organen der französischen Bourgeoisie sind wir deutsche Sozialdemokraten Chauvinisten der schlimmsten Sorte, die den Internationalismus bloß vorpiegeln, um die französischen Sozialisten zu beschwindeln und zu entwaffnen und dann im deutschen Soldatenrock über das arglose, in Sicherheit gewiegte Frankreich herzufallen. Das ist in so ziemlich allen französischen Bourgeoisblättern zu lesen; und um diesen Blödsinn glaubhaft erscheinen zu lassen, werden die fabelhaftesten Dinge über uns erfunden, Auserzungen entstellt und verdreht u. s. w. Jetzt war behauptet worden, daß Reichsjubiläum sei in Deutschland von den Sozialdemokraten, die sich der kaiserlichen Gnade empfehlen wollen, mit dem größten Enthusiasmus gefeiert worden. Da solche Nachrichten geflissentlich unter den Arbeitern verbreitet werden, so begreift es sich, daß den französischen Genossen viel darauf ankam, den Inhalt unseres Artikels zum 18. Januar in den weitesten Arbeiterkreisen bekannt zu machen.

Wie der Bund der Landwirthe sich rekrutirt, verräth uns eine Mittheilung des General-Anzeigers für Oesterlehen. Danach äußerte aus einer in Halberstadt abgehaltenen Versammlung des Bundes der Landwirthe der Vorsitzende des sächsischen Provinzialverbandes, Rittergutsbesitzer und Amtsvorsteher Schirmer-Reuhaus:

„Jeder soll Mitglied des Bundes werden, Bauer, Knecht und Nachtwächter; und um das zu ermöglichen, müsse man in die einzelnen Dörfern Versammlungen einberufen, einfach die Saalkuhre zuschließen, und dann solle jeder der Teufel holen, der nicht mit unterschreibt. Er und ein Herr Major v. Busse hätten es so gemacht, auch habe er als Amtsvorsteher seinem Schutzen gefügt, er sei nicht werth, Schulze zu sein, wenn er nicht Mitglied des Bundes würde.“

Das ist ja eine ganz vorzügliche Methode, den freiwilligen Beitritt zu erzielen. Der Herr Rittergutsbesitzer Schirmer schreint sich die Anregung dazu aus „Piccolomini“ geholt zu haben. Da wird sich wohl unter den Knechten und Nachtwächtern kein einziger Max Piccolomini finden, der die Unterschrift verweigert, wenn ihn der Rittergutsbesitzer mit einem Schreib Judas! Sonst soll Dich der Teufel holen!“ anbittelt.

In ähnlicher Weise sind auch die 200 Hildeheimer Renommirbauern zu einer Dankadresse an Herrn v. Blyh bewogen worden. In Algermissen wurde nämlich eine Versammlung abgehalten und da wurde schlankweg diese Adresse vom Vorsitzenden dekretirt.

Es wird jetzt fortwährend darüber noch hin- und herdementirt, ob Herr v. Hammerstein-Borke wegen seines Ausfalls gegen die Agaxier von Kaiser begnadigt oder getrübt worden sei. Der „Hamb. Corresp.“ berichtet jetzt, die Geschichte von dem Rüssel sei völlig grundlos.

Herr Stöcker hat in der „Evangel. Kirchenzeitung“ gesprochen über das was, der Eiser-Ausschuß der konservativen Partei und das was das „Volk“ dazu gesagt hat. Nichts kennzeichnet das, was er gesprochen hat, besser, als daß seine Worte von den Nächstinteressirten, den konservativen Blättern aller Schattirungen ganz verschieden aufgefaßt werden. Die einen sagen: er giebt dem „Volk“ den Laufpaß; die anderen sagen ganz das Gegentheil. Wir werden nur den Schluß seiner Kritik des „Volks“ hier anführen:

Was das Politische betrifft, so halte auch ich die grundsätzliche Opposition gegen eine mittelparteiliche Politik, welche konservative Männer und Prinzipien verbraucht, für den einzig richtigen Standpunkt. Dagegen habe ich es am Volk seit Jahr und Tag scharf gemißbilligt, daß dies Volk öfter als der Freund unserer Freunde und als der Feind unserer Freunde erschien. Es kritisierte die Konservativen mit unndthiger Schärfe und ließ es am Kampfe gegen Freisinn und Sozialdemokratie fehlen, so daß die Meinung aufkommen konnte, es sei ein Gegner der konservativen Partei. — Was das eigentlich Soziale betrifft, so wird in konservativen Kreisen die Meinung gehegt und die Behauptung ausgesprochen, das „Volk“

zu photographiren, und da gewährte er auf dem Bilde zwischen dem letzten Rücken- und dem ersten Kreuzwirbel einen Fremdkörper, dessen Beschaffenheit er sich nicht zu erklären vermochte. Er machte also an der betreffenden Stelle einen Einschnitt und fand zwischen den Wirbeln einen Messerstift so stark eingezwängt, daß sie förmlich herausgestemmt werden mußte.

Nationalökonomische Vortragskurse in London. Unser Londoner Korrespondent möchte vor allem die Londoner Leser des „Vorwärts“ darauf aufmerksam machen, daß von der „School of Economics and Political Science“ für das Frühjahr 1896 ein Kursus von sechs Vorlesungen über die deutsche Sozialdemokratie eingerichtet worden ist. Diese Vorlesungen finden vom 6. Februar an regelmäßig Donnerstags abends 8 Uhr statt, und zwar vorerst in der „Society of Arts“, John Street, Adelphi, Strand. Vortragender ist der Herr Bertrand Russell, Master of Arts und Fellow of Trinity College, Cambridge. Derselbe hat Deutschland wiederholt besucht und sich das Studium der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ihrer Grundzüge und Politik zur besonderen Aufgabe gemacht. Er sieht der Partei in verschiedenen Punkten kritisch gegenüber, was natürlich, da eine durchaus sachliche Kritik zu erwarten ist, den Vortragenden nichts an Interesse nimmt. Ein detaillirter Prospekt („Syllabus“) wird demnächst im Druck erscheinen und ist durch den Sekretär der School of Economics (John Street etc.) zu beziehen. Die Eintrittskarte für sämtliche 6 Vorlesungen kostet 6 Schillinge.

Die „Schule für Oekonomie und Staatswissenschaften“ ist von der „Fabian Society“ mit dem Gelde, das ihr ein wohlhabendes Mitglied hinterlassen (gegen 200 000 M.) gegründet worden. Sie soll lernenswerten Angehörigen aller Gesellschaftsklassen, denen die Zeit und die Mittel zum Besuch der Universität fehlen, die Möglichkeit bieten, gegen mäßiges Honorar Vortrags- und Übungskurse über die verschiedensten, in das Gebiet der genannten Wissenschaften gehörigen Gegenstände zu besuchen. Die Dozenten sind Männer von Fach, die sich schon an demwärts als Solche bewährt haben, wie Professor Munro von Owens College, Manchester, Professor Foxwell von University College, London, Herr Graham Wallas und Herr W. A. S. Jenkin (letzterer der Direktor der Schule) von der Universität-Ausdehnungs-Gesellschaft.

stehe auf dem Standpunkt der „Jungen“ oder begünstige sie. Das ist meines Erachtens nicht richtig; das „Volk“ hat das christlich-soziale Programm, auch das neue, beständig anerkannt und verteidigt. Aber es hat die schweren Irthümer der „Jungen“ nur flüchtig gemildert, nie grundsätzlich und andauernd bekämpft. Das letztere aber ist gegenwärtig notwendig, um den alten christlich-sozialen Gedanken vor Mißverständnis und Mißdeutung zu bewahren. — Nach beiden Richtungen, der konservativen wie der jüngeren christlich-sozialen, wird das „Volk“ seine Frontstellung berichtigend wirken müssen, wenn es in der allgemeinen sozial-konservativen Bewegung Nutzen schaffen und segensreich wirken soll. Das dies bald geschieht, liegt ebenso in unserem wie in konservativen Interesse. —

Der Neger als thierischer Motor. Leist und Wehlan haben noch nachträglich eine indirekte offizielle Rechtfertigung erfahren. In der dem Reichstage zugegangenen Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete im Jahre 1894/95 heißt es auf S. 83 bei der Besprechung der Transportmittel in Deutsch-Ostafrika wörtlich:

„An thierischen Motoren stehen außer dem Neger in Ostafrika zur Verfügung der Ochse und der Esel bezw. das Maulthier.“

Also der Neger wird in der amtlichen Denkschrift der Kolonialverwaltung mit dem Vieh auf eine Stufe gestellt. Dies klassische Eingeständnis der amtlichen Auffassung vom Neger ist von irgend einem Kolonial-Bureaurenformuliert und von den sämtlichen übrigen Kolonial-Bureauren, die so eine Denkschrift durchzusehen und zu genehmigen haben, anstandslos angenommen worden. Darin liegt die Bedeutung dieser gemüthvollen amtlichen „Feststellung“ vom Werthe des Negers als thierischer Motor. Wenn wir übrigens vorher sagten, Leist und Wehlan hätten dadurch eine indirekte offizielle Rechtfertigung erfahren, so müssen wir das allerdings etwas einschränken; denn wir glauben immerhin nicht, daß selbst der fragliche Kolonial-Bureokrat ein billigen würde, wenn „dem Ochsen und dem Esel bezw. Maulthier“ der Rücken zu rohem Viehfleisch mit der Mißferdige zerklüftet würde.

Die Denkschrift schweigt übrigens bezeichnenderweise über die Kulturthaten des Leist und Wehlan sich schamhaft aus. Es wird nur mitgeteilt, daß mit dem System der sogenannten Pfandweiber, also der Schuldnecht-schaft gebrochen worden ist; aber welcher Mißbrauch damit getrieben ist, davon findet sich kein Wort im Bericht, ebenso wenig auch, daß Assessor Wehlan die körperliche Züchtigung als Besserungsmittel gegen säumige Schuldner, sowie als Mittel zur Expression von Geständnissen gewissermaßen amtlich amwandte und sich vor Gericht darauf berief, daß er sich damit nur an die bisherige Übung halte. Nur immer vertuschen, was dem Publikum anstößig erscheinen könnte — das scheint nach altem bürokratischem Brauch auch in Afrika die Lösung bürokratischer Kultur-träger zu sein. —

Russisch-türkisches Bündniß? Ein englisches Sensationsblatt, die „Pall Mall Gazette“, hat die Nachricht in die Welt gesetzt, daß die Türkei sich vollständig in die Arme Rußlands geworfen und dem Jaren das Recht eingeräumt habe, überallhin in der Türkei Truppen marschieren zu lassen. Das würde auf einen politischen Selbstmord der Türkei hinauskommen und deshalb erscheint die Geschichte höchst unglaubwürdig. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. In Frankfurt a. O. hat die Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Friz Hansen aus Berlin ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet. Das Vergehen soll Genosse Hansen in einer Versammlung des dortigen sozialdemokratischen Arbeitervereins begangen haben. —

In Halle stand am 21. Januar wegen Prinzenbeleidigung nach dem § 97 des Str.-G.-B. (Beleidigung eines Mitgliedes des königlichen Hauses), unter Anklage der Schuhmachermeister Karl Bormoll, geboren in Biffert, 42 Jahre alt. Als seitens der Staatsanwaltschaft bei Beginn der Verhandlung ein Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit gestellt wurde, da durch die öffentliche Verhandlung möglicherweise die öffentliche Ordnung gefährdet werden könne, protestirte der Angeklagte gegen den Ausschluß mit dem Bedeuten, daß jeder hören könne, was er gesagt habe. Der Gerichtshof verurtheilte aber den Ausschluß der Öffentlichkeit. Nach Wiederherstellung derselben wurde die Verhandlung behufs Ladung einiger Zeugen vertagt. Wie nachträglich mitgeteilt wurde, hat die Staatsanwaltschaft die Kleinigkeit von einem Jahre Gefängniß gegen den Angeklagten beantragt. Denunziert worden war der Angeklagte durch den Schreiber Bohmuth aus Halle, ein Mann, der früher Polizeisergeant gewesen ist. —

Deutsches Reich.

— **Sonntagsruhe auf den preussischen Eisenbahnen.** Nachdem der Wagenmangel nimmere größtentheils beseitigt ist, soll die Sonntagsruhe im Güterverkehr der preussischen Staatsbahnen demnächst wieder im früheren Umfang hergestellt werden. —

— **Der Verein Berliner Presse hat gestern auf Antrag des Herrn Volksth eine Kommission gewählt mit dem Auftrage, zur Veranlassung der Jubiläumsvolle sofort eine Petition an den Reichstag zu richten wegen Beseitigung des sogenannten Gerichtsstandes der Presse.** Es soll gefordert werden, daß die Verfolgung von Pressevergehen nur am Erscheinungsort der Zeitung anhängig gemacht werden kann. —

— **Eine Verichtigung zum Parlamentsbericht vom 22. d. M. versendet das Oldenburg'sche Bureau:** In den Ausführungen des Abg. v. Rörcher ist gegen den Schluß hin durch Ausfall eines Satzes und durch einen Schreibfehler eine Unrichtigkeit enthalten. Es muß heißen:

„Der Elter Ausschuss hielt am 8. Juli eine Sitzung ab, weil die „Kreuz-Zeitung“ ihn — Hammerstein — immer noch zeichnen ließ; das Kuratorium wurde aufgefordert, zu erklären, daß Hammerstein keinen Einfluß auf die „Kreuz-Zeitung“ mehr ausübe. Wenn das Komitee diese Erklärung nicht abgebe, dann werde der Elter-Ausschuss eine Erklärung erlassen, worin er jede Beziehung zur „Kreuz-Zeitung“ ablehnt. Danach trifft also (statt a l l e i n) die Leitung der Partei an der Verschleppung der Sache keine Schuld.“

— **It ein Hochruf auf die „revolutionäre“ Sozialdemokratie großer Unfug?** Vom Bamberger Schöffengericht war in der Sitzung am 18. Dezember v. J. der Schuhmachermeister Karl Gösser aus Plumenau wegen großen Unfugs zu zwei Wochen Haft verurtheilt worden; gegen dieses Erkenntniß legte der Verurtheilte Berufung ein, weshalb sich die

sogenannte kleine Strafkammer zu Schweidnitz am 20. Januar mit der erneuten Beweisaufnahme zu beschäftigen hatte. Der Gerichtshof erkannte dahin: Das Urtheil des Schöffengerichts wird aufgehoben und der Beklagte von der Anklage des großen Unfugs freigesprochen, die Kosten erster und zweiter Instanz werden der Staatskasse auferlegt. — Die Strafkammer war mit dem Schöffengericht der Ansicht, daß der Hochruf auf die „revolutionäre“ Sozialdemokratie unter Umständen wohl einen großen Unfug darstelle. In dem vorliegenden Falle sei aber das Publikum nicht belästigt, beunruhigt oder gestört worden, mithin müsse der Angeklagte freigesprochen werden.

— **Für den Befähigungsnachweis der Handwerker will die sächsische Regierung nach einer im Landtag jetzt abgegebenen Erklärung stimmen unter der Einschränkung, daß die Anwendung eines derartigen Befehrs den Einzelstaaten überlassen werde.** Wenn die Reichsgesetzgebung den Befähigungsnachweis in diesem Sinne zulasse, so werde die sächsische Regierung von der erteilten Beweismittel doch nicht ohne weiteres und allgemein Gebrauch machen, sondern erwägen, ob und in welcher Ausdehnung sie anzuwenden sei. —

Nürnberg, 23. Januar. Die Revisionsvorhandlung des Oberlandesgerichts in Sachen des Redakteurs Hülle von der „Züringer Tribune“ gegen den Ersten Staatsanwalt Lorenz am Landesgericht Erfurt ist vertagt worden, weil Hülle die Mitglieder des Gerichtshofes als befangen ablehnte.

Koburg, 19. Januar. Bedingte Begnadigung. Gleichzeitig mit der schon erwähnten Amnestie ist in unserem Herzogthum eine Aussetzung der Strafvollstreckung angeordnet für diejenigen Verurtheilten, für die bei längerer guter Führung eine Begnadigung in Aussicht genommen werden kann. —

München, 23. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Unsere Genossen im Landtage brachten heute folgenden Antrag ein: Die Kammer wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung sei zu ersuchen:

1. bei künftigen Aufstellungen von Assistenten der Fabrik- und Gewerbe-Inspektion auch geeignete Personen aus dem Arbeiterstande zu berücksichtigen, sowie
2. in den Etat der nächsten Finanzperiode eine Forderung für die Anstellung von zunächst einem weiblichen Assistenten einzustellen.

Oesterreich.

— **Im niederösterreichischen Landtag wurde von den Antisemiten anfänglich ein Dringlichkeitsantrag des Abg. Zueger auf ungeschämte Vornahme der Wiener Gemeindevorstandswahlen eine stürmische, von Beschimpfungen und Verdächtigungen gegen die Regierung strotzende Debatte veranlaßt.** Zueger bezichtigte die Regierung der Willkür und fortwährenden Gesehensverletzung. Die Jungesuchen wurden einstuft als eine sonderbare Gesellschaft bezeichnet, jetzt werden sie zu den Postfakeln beigegeben; er warnt, die Krone als Agitator zu verwenden. Abg. Pachter sagt, die Regierung sei bereits zur gewohnheitsmäßigen Gesehensverletzung gelangt, sowie der Landesgerichtspräsident Holzinger als gewohnheitsmäßiger Justizmörder in der ganzen juristischen Welt bezeichnet werde. Redner behauptet, dem Polen Boden Hochverrath nachweisen zu können. Der Dringlichkeitsantrag wurde, wie schon gemeldet, mit den Stimmen der Liberalen und der Großgrundbesitzer abgelehnt.

Frankreich.

— **Ueber die neue Einkommensteuer, wie das Ministerium Bourgeois sie plant, erzählt der „Temps“,** daß die Einkünfte unter 2500 Fr. frei, diejenigen von 2500 bis 50 000 Fr. einer Progressivsteuer von 1-5 pCt. und diejenigen über 50 000 Fr. einer solchen von 5 pCt. unterworfen sein werden. Die neue Steuer tritt an stelle der persönlichen Mobiliar- und der Thür- und Fenstersteuer. Die sogen. Patent- und die Grundsteuer bleiben bestehen.

— **Unser Genosse Vaillant begründete in der Kammer Sitzung vom Dienstag (21. d. M.) eine Interpellation über die Arbeitslosigkeit.** „Es ist unumgänglich“, sagte Redner, „daß sich die Kammer mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge beschäftigt und nach Mitteln zur Abhilfe sucht. Die Arbeitslosigkeit existirt seit Errichtung des kapitalistischen Regimes (Ausruhe.) Die Einführung der Maschine in die Werkstätten ist ein der hauptsächlichsten Faktoren des Uebels. Die Gewinnucht der Arbeitgeber hat die Arme der Arbeitslosen erzeugt. Die Arbeitslosigkeit wird erst mit dem kapitalistischen Regime verschwinden, doch kann man schon jetzt auf Vermindeung ihrer Folgen sinnen. Zunächst muß eine Statistik die genaue Zahl der Arbeitslosen und die Umstände, unter welchen sie arbeitslos wurden, feststellen, wie eine solche in England besteht, wo die Obrigkeit sich sorgfamer mit dieser wichtigen Frage beschäftigt, als in Frankreich. Der höhere Arbeitsrath erstrebt, wie es scheint, eine derartige Untersuchung, doch nicht umfassend genug. Sie muß permanent sein und auf alle Arbeiterkategorien angewendet werden, wie dies im Kantone St. Gallen der Schweiz der Fall ist. Die Versuche der Unterthänigung durch die Arbeiter selbst können nicht genügen, den Gefahren der Arbeitslosigkeit hinlänglich abzuwehren“ (Akte Unterhaltung einiger Parlamentenmitglieder unterbricht den Redner). Abg. Gabriet (Sozialist): „Wenn man von Thälern redete, würden sie anmerkender jubeln“. Vaillant fährt aus, daß das eine Mittel, der Arbeitslosigkeit zu steuern, darin besteht, den Arbeitern bessere Arbeitsbedingungen zu sichern. Redner hofft, daß die Arbeitskommission ihre diesbezügliche Diskussion beschleunigt und verlangt von der Regierung die weitestgehende und vollkommenste Freiheit für die Arbeitersolidarität (Gewerkschaften), sowie die Errichtung von Arbeitsbüros in allen größeren Industriestädten, dergleichen die Gründung einer Hilfs- und Versicherungsgesellschaft für Arbeitslose, wie eine solche in St. Gallen besteht. Vaillant schließt mit der Erklärung, daß die von ihm gemachten Vorschläge nicht definitiv sind. „Die definitive Lösung der Frage kann allein die Revolution bringen.“ (Beifall auf der äußersten Linken.) Handelsminister Mesurieux antwortete, die Regierung werde thun, was sie thun könne. Sie könne aber nichts thun, was gegen die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft verstoße. Hierauf nahm die Kammer mit 408 gegen 88 Stimmen eine Tagesordnung an, die diese Erklärung billigte. Wenn die Bourgeoisblätter nun glauben, die Sozialisten würden nun auf den Sturz des Ministeriums Bourgeois hinarbeiten, so irren sie sich sehr. Das ist keineswegs sozialistisch, das haben sie von Anfang an gewußt und verlangen von ihm auch gar keine sozialistischen Maßregeln, „die gegen die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft verstoßen“. Das wäre ja auch eine grenzenlose Naivität. —

Paris, 23. Januar. Die von den 21 Abgeordneten und Senatoren gegen die „France“ wegen Verleumdung und Veröffentlichung ihrer Namen in der Liste der 104 angeklagten Prozesse werden voraussichtlich am 16. Februar vor dem Schwurgericht der Seine beginnen. Die Anklagenerklärung hat beschlossen, daß sämtliche 21 Prozesse hinter einander vor einem Gericht zur Verhandlung kommen sollen. Die Vertheidigung der „France“ hat der ehemalige Polizeipräsident Andrieux übernommen. —

Paris, 23. Januar. Wie aus London gemeldet wird, wurde auf dem Dampfschiff „Formidable“ beim Abfeuern einer Kanone infolge eines Fehlers am Geschöß ein Kanonier getödtet, ein zweiter schwer verletzt. —

England.

London, 23. Januar. Bei der Wahl zum Unterhause in Belfast siegte der Kandidat der Konservativen, Sir James Gaslett, mit einer Majorität von 161 Stimmen über Turner, den Kandidaten der irischen Unabhängigkeitspartei.

— **Prinz Heinrich von Battenberg ist als bisher einziges Opfer des Aschanti-Feldzuges am Fieber gestorben.** Er war ein jüngerer Bruder des Prinzen Alexander, späteren Fürsten von Bulgarien, und heirathete 1885 die jüngste Tochter der Königin Victoria von England, die Prinzessin Beatrice. Es wurde in England viel Aufhebens davon gemacht, daß der Schwiegerjohn der Königin mit in den Krieg gegen die Aschantis zog, obwohl man doch im voraus wußte, daß ernstliche Kämpfe dort nicht zu erwarten waren, wohl aber Schwierigkeiten beim Marsche ins Innere. Der Prinz wurde denn auch sehr bald vom Fieber ergriffen, kehrte nach der Küste, nach Cape Coast Castle zurück und verstarb auf dem Schiffe, das ihn heimbringen sollte.

Ein eigenartiges Zusammentreffen ist es, daß den Gatten der Prinzessin Beatrice ein ganz ähnliches Schicksal ereilt hat, wie den Prinzen Napoleon (Julius), der darauf rechnete, die Prinzessin Beatrice zu heirathen, deshalb am Julius-Feldzug in Südafrika sich betheiligte und bei einem Patrouillenritt von den Julius überfallen und mit Speeren getödtet wurde. —

Türkei.

Konstantinopel, 23. Januar. (C. N. of G.) Die armenische Nationalität, der Huntschak, welche eine Pri Geheimbund bildet, verlangte am Dienstag durch eine Deputation von dem reichen armenischen Bankier Garguejoglon zehntausend Pfund türkisch und einsetzte sich, als er sich weigerte, dem Verlangen nachzukommen, unter Drohungen. Gesehen wurde der Bankier bei hellem Tage auf der Straße in Pera erschossen.

Stumm kontra Pastor Köhlsche.

Aus Sangerhausen wird uns, datirt vom 23. Januar, geschrieben:

Ein Privat-Beleidigungs-Prozess, der lebhaft an den im Juni 1891 stattgefundenen Bochumer Steuerprozess erinnert und schon mit Rücksicht auf die in betracht kommenden Persönlichkeiten großes Aufsehen machen dürfte, gelangt heute vor dem Schöffengericht des hiesigen königl. Amtsgerichts zur Verhandlung. Im März 1895 erschien im Verlage von Reinhold Werber in Leipzig eine von dem Pastor Köhlsche hieselbst verfasste Broschüre unter dem Titel: „Offener Brief an den Herrn Reichstags-Abgeordneten, Geheimen Kommerzienrath Freiherrn v. Stumm und Genossen, von Hermann Köhlsche“. Der Verfasser, der sich zur christlich-sozialen Partei Naumann'scher Richtung bekennt, wendet sich in dieser Broschüre in einem „offenen Brief“ an den Freiherrn v. Stumm und bemerkt in denselben in der Einleitung: „Wir Christlich-Sozialen sind an einem Wendepunkt unserer Entwicklung angekommen, wie sich das bald immer mehr zeigen wird. Wir galten bisher — namentlich die evangelischen Arbeitervereine — als eine Beschäftigungspartei, als eine Partei, die einen Kampf gegen die Sozialdemokratie bilden soll, die nebenbei auch unschuldige sozialpolitische Vorträge an der Hand eines patriarchalischen Kompendiums halten mochte. Wir stehen jetzt auf dem Punkte, eine reine Arbeiterpartei zu werden, die die Interessen der Arbeiter mit derselben Unerschrockenheit vertritt, wie die Sozialdemokratie. Wir werden aus Schlepenträgern der Herren von „Bildung und Besitz“ zu ihren Gegnern. Ja, wir werden bald schlimmere Gegner sein als die Sozialdemokraten. Wir richten unseren Brief an Sie, hochgeehrter Herr, als den entschiedensten unserer Gegner, berühren aber auch einige Neuerungen Ihrer Helfershelfer. Ihren Unwillen hat unsere Sache zuerst erregt bei der Bildung des christlichen Gewerkevereins der Bergleute in Rheinland und Westfalen. Der zweite Stein des Anstoßes waren Vorgänge in Ihrer Heimath, im Saargebiet. Zum Ueberlaufen kam der Groll im Reichstage. Daher soll mein Brief sich hauptsächlich um diese drei Punkte drehen. Daß gerade jetzt Ihr Horn uns Christlich-Soziale getroffen hat, liegt in unserer energischeren Aktion, die freilich schon längst vorbereitet ist, namentlich durch Schaffung eines Programms im Jahre 1892. Dagegen ist nicht erst seit den letzten Monaten, sondern schon von jeher von Ihnen jede selbständige Arbeiterbewegung, auch die maßvollste bekämpft worden. Schon im Jahre 1887 versuchten Sie den Mann, der evangelische Arbeitervereine im Saargebiete zu gründen unternahm, um sein Brot zu bringen; und Ihr Verdienst war es nicht, wenn Ihre Denunziation bei dem Arbeitgeber nicht den erwünschten Erfolg hatte. Als dann die evangelischen Arbeitervereine in Ihrer Heimath trotz Ihres Widerspruches, unter dem bedingtesten Eindrucke der Erfahrungen während des Streikjahres 1889/90 das Licht der Welt erblickten, da haben Sie Ihren Arbeitern den Wunsch kund gegeben, und das ist nach Lage der Dinge so gut wie befohlen, von diesen Vereinen sich fernzubalten, trotzdem dieselben gerade an der Saar einen außerordentlich friedlichen Charakter entfalteten und lediglich praktische Arbeit trieben, Sterbekassen gründeten, Bibliotheken einrichteten, Anregungen zu Haushaltungsschulen gaben und über Wohnungsverhältnisse verhandelten.“ In einer anderen Stelle der Broschüre heißt es: „Eius hat man Ihnen bisher immer nachgerühmt, ein außerordentlich wohlthätiger Arbeitgeber zu sein. Nun, ich bin auch in Neunkirchen gewesen, dem Orte, wo Ihr größtes Werk besteht. Aber von größeren Wohlthatenrichtungen, etwa wie bei Krupp in Essen, habe ich dort wenig gemerkt. Ich habe weiter nichts gesehen, als wenige bescheidene Arbeiterwohnungen. Man sagt, daß Sie schon sehr alte Kassen haben zum Besten Ihrer Arbeiter. Mag sein. Unsere Großindustrie steht in dem Aufse; mit der einen Hand zu geben, mit der anderen zu nehmen. In Neunkirchen beriebt man neulich über eine neue Gemeindesteuer. Sie kommen selten in den Stadtrath, Herr Freiherr, diesmal aber waren Sie da. Der Bürgermei-ster schlug eine Erhöhung des Wassergeldes um einige Pfennige pro Kubikmeter vor. Ihnen lag daran, diesen Vorschlag auf alle Fälle durchzudrücken. Das große Stumm'sche Werk hat nämlich einen Vertrag auf viele Jahre mit der Stadtverwaltung abgeschlossen, welcher diese verpflichtet, dem Werke für einen bestimmten Preis das Wasser zu liefern. Der Vorschlag ging durch. Sie zahlten also von der neuen Steuer keinen Pfennig, da Ihnen der Preis vertragmäßig nicht erhöht werden darf. Die Zeitungen brachten kein Wort von diesen Verhandlungen, wohl aber davon, daß Sie zur selben Zeit einen erheblichen Betrag zur Erneuerung der evangelischen Kirche beigezeichnet haben. Neunkirchen ist gemeindlich in zwei Theile getrennt, in Ober- und Nieder-Neunkirchen. In Nieder-Neunkirchen steht Ihre Fabrik mit wenigen Beamtengebäuden. Da hier weder Kirchen noch Schulen stehen, so haben Sie sehr geringe Kommunalsteuern, während Ober-Neunkirchen mit den tausenden Ihrer Arbeiter die Lasten für Sie und Ihre Arbeiter ziemlich allein zu tragen hat. Einer wiederholt geplanten Vereinigung dieser beiden Orte haben Sie sich bisher mit Erfolg und mit Beiseitebrängung Ihrer Gegner widersetzt.“

Zuweilen ist der Großkapitalismus aus einer eigensinnigen Laune heraus geradezu gegen den Fortschritt. Von Luisenthal fährt über Markt. Burbach eine Dampf-Strassenbahn bis St. Johann und ein Stüd darüber hinaus bis an die Stelle, wo das hochwürdige Schloss Ev. Hochwohlgeboren in Sicht kommt. Es fehlt bis zum Dorfe Brebach eine Strecke von etwa 10 bis 15 Minuten. Lange sind schon verschiedene Interessenten bemüht, die Weiterführung der Bahn bis Brebach zu erlangen. Ganz Brebach wünscht die Verbindung. Immer ist die Sache hintenan gehalten worden, weil, wie der Volksmund sagt, v. Stumm und Böding befürchten, daß ihre Kutschpferde vor der Dampfbahn scheuen. Doch die Strassenbahn liegt nicht nach; sie trieb die Sache bis an den Kreisaußschuß. Alle Vertreter

der Behörden, nämlich der Eisenbahnverwaltung, der Militärverwaltung u. s. w. sind einverstanden, sie allein widerprechen und erklären sich nur einverstanden, wenn eine elektrische Bahn gebaut wird. Diese würde weniger Geräusch machen, sodass man anfängt das zu glauben, was der Volksmund sagt, daß die müthigen Kasse der Herren St. und B. mächtiger sind, als alle Weisheit des Kreisrichters. Um der müthigen Kassen willen soll also der ganze Bahnbetrieb geändert werden!"

Zerner schreibt Pastor Köhlsch:
"Gott sei Dank, wir Christlich-Sozialen haben uns glücklicherweise von der früher in unserer Kirche ziemlich allgemeinen üblichen Ansicht, daß die heutigen Zustände vollkommen und gutgewollte seien — ein Umstand, der die Sozialdemokratie direkt in's Kirchenfeindliche Lager treiben mußte — gründlich losgemacht. Der Glaube, daß unsere Verhältnisse die denkbar besten und höchstens in einigen Kleinigkeiten noch auszubessern wären, ist zwar den mittelparteilichen Politikern, die heute am kräftigsten am Stränge der Reaktion ziehen, hübsch bequem. Dabei kann man mit großer Ruhe eine Stunde länger schlafen und dann mit Behagen seinen Morgenkaffee trinken, mögen die Fabriken schon längst ihren schrillen Pfiff haben ertönen lassen, der Vater und Mutter eiligt von Hause fortgetrieben, während die Kinder sich hilflos daheim befinden. Dabei kann man mit selbstbewußter Miene die beteiligten Arbeitlosen abweisen, ohne sich in seiner Gemüthruhe beim Mittagssnacke stören zu lassen, sie wollen ja nicht arbeiten, dann mögen sie auch hungern." An einer anderen Stelle kritisiert Pastor Köhlsch das abnehmende Verhalten des Freiherrn v. Stumm, gegenüber den von den evangelischen Arbeitervereinen im Saargebiete geplanten Errichtungen eines Anstalts- und Rechtsbüreaus.

"Die Evangelischen fragen, so heißt es in der Broschüre, warum läßt man die Ultramontanen in ihrem Volksbureau schalten und walten, wie sie wollen? Warum erläßt man die Arbeiter nicht, die seit 1 1/2 Jahren daran theilnehmen? Warum hintertreibt man die Gründung des evangelischen Bureaus, an dessen Spitze Leute stehen, an deren Loyalität nicht zu zweifeln ist?"
Die ultramontanen Zeitungen leisten seit Jahren Erkleckliches in der Verhöhnung der Arbeitgeber vollständig im Sinne des "Vorwärts". Sie liefern sogar feinerseit dem sozialdemokratischen Rechtsfähigkeitsverein und seinem Blatte "Schlägel und Eisen" einen Redakteur. Die ultramontanen Vereine sprechen von Pilze aus der Erde und haben sich als die treuesten Säulen des Zentrums bewährt. Nicht das Geringste thut man dagegen.
Den evangelischen Arbeitervereinen, die seit Jahren gegen die Sozialdemokratie praktisch gearbeitet haben, die Vaterlandsliebe, Königstreue, Beförderung friedlichen Einnehmens zwischen Arbeiter und Arbeitgeber auf ihre Fahne geschrieben und stets für freikonservative und nationalliberale Wahlen gearbeitet haben, wird in jeder Weise ihre Existenz erschwert. Ist das nicht unbefonnen, vor allem nicht auch unparitätisch? Und wie vereinigt sich eine solche ungerechte Behandlung der Evangelischen mit ihrem Ansprüche, daß sie ein treuer Sohn Ihrer Kirche sein wollen? Welches ist da der Begriff eines treuen Sohnes der evangelischen Kirche?"

Im Anschluß hieran heißt es an einer anderen Stelle: "Unter dem Schutze der Stumm'schen Parität fand am 11. Februar im Saale des katholischen Gesellenhauses zu Neunkirchen eine glänzende Bergarbeiter-Versammlung statt, die den Grund legte zu einem Verbände der katholischen Berg- und Hüttenarbeiter-Vereine. Er ist trotz Ablehnung der 'St. Johanner Volks-Zeitung' ein Gewerksverein, dessen Gründung den evangelischen Arbeitern bei Strafe der Entlassung schon vor der Zeit verboten wurde."

Aus Anlaß dieser Broschüre hat Freiherr von Stumm gegen Pastor Köhlsch die Privat-Beleidigungsklage eingeleitet. Während dem Vernehmen nach Pastor Köhlsch für alle in der Broschüre enthaltenen Behauptungen den Wahrheitsbeweis führen will, erbietet sich der Privatkläger, Freiherr v. Stumm zur Führung des Gegenbeweises. In der sehr umfangreichen Privatklageschrift wird ausgeführt: "daß die Wollfabrikseinrichtungen des Neunkirchner Eisenwerks sich mit denen aller anderen Industriellen wohl messen können, die meisten derselben aber an Zahl, Umfang und segensreichem Erfolge weitaus übertreffen, so daß dieselben nicht nur bei hervorragenden Parteigenossen des Angeklagten, sondern selbst bei den Sozialdemokraten Anerkennung gefunden haben. (...) Es wird endlich in der Privatklage ausgeführt, daß der Angeklagte seine Behauptungen wider besseres Wissen aufgestellt habe und demgemäß beantragt: auf Grund der §§ 185, 186 und 187 des Straf-Gesetzbuches das Hauptverfahren zu eröffnen. Das Amtsgericht hat jedoch nur auf Grund der ersten zwei Paragraphen das Hauptverfahren eröffnet, da es vorläufig nicht als erwiesen erachtete, daß Pastor Köhlsch wider besseres Wissen gehandelt habe. Letzterer hat sich daher heute auf Grund dieser Anklage vor eingangs bezeichnetem Gerichtshof zu verantworten."

Ueber den Ausgang dieses interessanten Prozesses meldet ein Telegramm aus Sangerhausen:
In der Privatklagesache des Freiherrn v. Stumm gegen den Pastor Köhlsch wurde der Privatbeklagte wegen Beleidigung zu 100 M. Geldstrafe, event. 10 Tagen Gefängniß verurtheilt. Dem Privatkläger wurde außerdem die Befugniß zugesprochen, den Urtheilstenor in "Reichsanzeiger" zu veröffentlichen; ferner wurde auf Unbrauchbarmachung der Broschüre erkannt.

Parlamentarisches.

Die reaktionäre Bestrebungen die verbündeten Regierungen mit der Justiznovelle zu verwirklichen suchten, legte die Ungeschicklichkeit ihrer Kommissare auch in der Donnerstags-Sitzung der Kommission dar. Die Vorlage verlangt zur Erleichterung der Berufung, daß dieselbe innerhalb einer Woche nach Zustellung des Urtheils schriftlich gerechtfertigt werden müsse, widrigenfalls das Gericht die Berufung ohne weiteres verworfen solle. Von den Regierungsvertretern hat insbesondere der sächsische Generalstaatsanwalt Krüger um Annahme des Vorschlags. Es würden nach Ansicht dieses Herrn viel zu viel Berufungen schon jetzt eingeleitet, es werde mit der Einlegung der Berufung Unfug getrieben. Dem Sachsen dienen Prohme und Stadthagen durch Belehrung darüber, daß es das schmale und gute Recht eines Beruflichen ist, Berufung einzulegen. Der Verschlechterungsvorschlag der Regierungsvorlage, eine Pflicht zu schriftlicher Rechtfertigung der Berufung einzuführen, wurde dann noch lebhaft vom preussischen amtlichen Befürworter der Vorlage — der preussische Justizminister fehlte in der Donnerstags-Sitzung ebenso, wie er allen Sitzungen des Vorjahres ferngeblieben war — vertheidigt. Hieraus aber abgelehnt und dementsprechend alle Vorschläge der Regierungsvorlage von § 358 - 363. Zu § 364 der St.-Pr.-O. beantragten unsere Genossen eine Be-

stimmung, die dem Angeklagten das Recht geben sollte, zu verlangen, daß in der Berufungsinstanz nicht die bekanntlich unzulänglichen Protokolle über Zeigenaussagen zur Verlesung gelangen sollen, sondern daß die Zeugen auf Verlangen persönlich auch in der Berufungsinstanz gehört werden müssen. Abgeordneter Schmidt (Waburg) versuchte demselben Gedanken durch einen Vorschlag zu § 368 St.-Pr.-O. Ausdruck zu geben. Zur Vereinfachung der Sachlage zogen zu gunsten des Schmidt'schen Antrages unsere Genossen ihren Antrag zurück. Lebhaft wurde auch dieser Antrag von den Regierungsvertretern bekämpft. Einer derselben, ein ehemaliger Staatsanwalt, glaubte zur Unterstreichung seiner Ansicht anführen zu können, daß im Sinne des Vaters des Antrages, des Abg. Stadthagen, die Annahme ja liege, da dieser grundsätzlicher Gegner der Vorlage sei. Ihm wurde von Stadthagen gründlich heimgelacht, der sich gegen diese Art des Kampfes und gegen solche Unterstellung energisch verwahrte. Er sei lebhafter Anhänger einer Prozessordnung, die das Verfahren gerecht und schnell gestalte; solche zu gestalten, sei Sache der Kommission, nicht aber alle Verbesserungen, wie es den Herren erwünscht zu sein scheint, abzulehnen, weil die Regierung sie nicht wolle. Der Regierungsvertreter hat um Entschuldigung, wenn er die Ausführungen des Abgeordneten Stadthagen im Plenum falsch aufgefaßt habe. Der von Stadthagen angeregte Verbesserungsvorschlag wurde dann von der Kommission angenommen. § 370 wurde um unwesentlichen Änderungen, die vom Abg. Beck vorgeschlagen waren, einstimmig angenommen. Abg. Mintelen (Zentrum) beantragte als § 371a folgende Bestimmung im Interesse der Billigkeit und Gerechtigkeit einzufügen: "Erfolgt zu gunsten eines Angeklagten die Aufhebung des Urtheils wegen Gesetzesverletzung bei Anwendung des Strafgesetzes und erstreckt sich das Urtheil, soweit es aufgehoben wird, noch auf andere Angeklagte, welche die Berufung nicht eingelegt haben, so ist zu erkennen, als ob sie gleichfalls die Berufung eingelegt hätten." Selbst diesen Antrag bekämpfte die Regierungsvertretung. Er wurde aber angenommen. Nächste Sitzung: Freitag Vormittag 10 Uhr.

Die Margarine-Kommission beriet am Donnerstag, den 28. d. Mts., die zum § 1 der Vorlage gestellten Anträge: 1. Humann: Gastwirthe und Restaurateure, welche Margarine verbrauchen, haben das in den Speisegeldern zu verrechnen, und 2. v. Plog, v. Dallwig: In allen Verkaufsräumen von Konditoreien, Bäckereien, Wirthschaften und Speisewirthschaften, in denen Erfrischmittel für Butter und Schmalz zur Bereitung von Nahrungsmitteln verwendet werden, müssen deutliche Plakate angebracht werden, welche die Aufschrift tragen: Zulass von Margarine. Nachdem vom Direktor des Reichs-Gesundheitsamts darauf hingewiesen war, daß ein chemischer Nachweis von Margarine bei Speisen, die natürliches Fett enthalten, undurchführbar sei, und von Wurm, daß durch solche Anträge nur der Spitzel und Denunziationslust Vorzug geleistet werde, wurde der Antrag Plog mit 7 gegen 18 Stimmen abgelehnt, der Antrag Humann mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen. Auf Antrage Wurm's, ob etwa der vom Königl. Polizeipräsidenten in Berlin angekaufte, vom Berliner Gerichtschemiker Dr. Bischoff erfundene Apparat, wirklich im Stande sei, in 15 Minuten eine Nahrungsmittelprobe richtig anzuführen, erwiderte der Direktor des kais. Gesundheitsamts, daß ein Urtheil über die Abschmelzprobe in der Denkschrift enthalten sei; demnach ist diese Probe sehr trägerisch. Alsdann wurde über § 2 verhandelt, zu dem ein Antrag Klose vorlag, der ursprünglich auch verlangte, daß das vor 15 Jahren übliche Verfahren bei Herstellung der Margarine noch weiter angewendet werde. Nachdem durch den Vertreter des kais. Gesundheitsamts der Antragsteller befehrt war, daß dieser Theil des Antrages von sachmännischer Unkenntnis zeuge, zog Abg. Klose diesen Theil zurück und hielt nur den übrigen an: "Zur Herstellung von Margarine darf von Mischergüssen nur durch Zentrifugieren gewonnene Magermilch mit einem Fettgehalt von höchstens 0,05 pSt. benutzt werden; auch dürfen nicht mehr als hundert Gewichtstheile Milch auf hundert Gewichtstheile nicht der Milch entstammende Fettsäure in Anwendung kommen." Ein Unterantrag von Plog und von Dallwig: "Milch und Milchprodukte dürfen bei der Margarinefabrikation nicht verwendet werden," wurde von den Antragsthemern zurückgezogen, nachdem ihnen u. a. von Herbert nachgewiesen war, daß derselbe nicht die betrügerische, sondern die berechnete Konkurrenz bekämpfe und ein Vollnahrungsmittel minderwerthig mache, außerdem aber die heimische Industrie und Landwirthschaft schädige, da dann Milchmargarine vom Ausland kommen würde. Der Antrag Klose wurde mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen.

Die Wahlprüfungs-Kommission erledigte in ihrer Sitzung am Mittwoch Abend Beschwerdepunkte über die Wahlen der Abgeordneten Freiherr v. Montenuff (Köln- und Bergstr. Kreis) (Wobau). Diese Wahlen waren bereits früher für gültig erklärt, aber über einzelne Beschwerdepunkte Beweisführung beschlossen worden. Die vorliegenden Ergebnisse der amtlichen Erhebungen bestätigten in den meisten wesentlichen Punkten die Beschwerden nicht, weshalb die Kommission einstimmig die Proteste für erledigt erachtete. Für gültig wurde die Wahl des Abgeordneten Graf v. Gärner (1. Neg.-Bezirk Breslau) erklärt, welche in der vorigen Session beanstanden war. In der Sitzung am Donnerstag setzte die Kommission die Prüfung der Wahl des Abg. v. Krupp fort. Gegen diese Wahl liegt ein sehr umfangreicher Protest der Zentrums-partei vor, welcher bereits in der früheren Session zu dem Beschluß führte, Erhebungen zu veranlassen. Diese liegen nun vor und ergibt sich aus denselben, daß im Bezirk des Kanonendoms-Bereichs Befürworter der Arbeiterwähler stattfanden, welche sich den Vorgängen in Dortmund würdig an die Seite stellen. Ob es trotzdem zur Kassierung kommen wird, ist zweifelhaft, da Herr Krupp mit über 1200 Stimmen Majorität gewählt ist.

Ober-Landesgerichtsrath Spahn aus Posen, zur Zeit zweiter Vizepräsident des Reichstages und Mitglied der Zentrumsfraktion ist als Kammergerichtsrath an das Kammergericht versetzt worden. Das Reichstagsmandat desselben erlisch durch diese Benennung nicht.

Dem Hause der Abgeordneten ist eine Denkschrift betreffend die in der Zeit vom 1. April 1893 bis zum 31. März 1895 erfolgten Bauausführungen an denjenigen Wasserstraßen, über deren Regulierung dem Landtag besondere Vorlagen gemacht worden sind, sowie der Nachweis über die Verwendung des Dispositionsfonds im Extra-Ordinarium des Etats der Eisenbahnverwaltung für 1894/95 zugegangen.

Partei-Nachrichten.

VI. heftiger Provinzial-Parteitag. Am Sonntag, den 19. Januar, fand in Schwege der VI. heftige Provinzial-Parteitag statt. Anwesend waren 46 Delegirte aus 27 Orten. Die Agitationskommission war durch Genosse Garbe, der Anstalt durch Deitmar und die Presse durch Joha und Huhn vertreten. Der Bericht der Agitationskommission ergibt, daß die Bewegung im Schwager sowohl als im Kasser Kreis gute Fortschritte gemacht hat; auch in den anderen Kreisen jangen die Arbeiter an, selbst Hand mit anzulegen bei der Agitation. Für die Agitation sind durch Marken und Listen ca. 1500 M. gesammelt. Zum Zweck besserer Agitation sollen für nächstes Jahr nach dem Beschluß des Parteitages die einzelnen Wahlkreise in Agitationsbezirke eingetheilt werden; wo die Kräfte zur energischen Arbeit in einem Bezirke nicht ausreichen, soll die Provinzial-Agitationskommission eingreifen, ev. der Parteiausschuß in Anspruch genommen werden. Ferner wird die

Agitationskommission beauftragt, sich mit der Frage zu befassen, ob es nicht möglich ist, einen Volkskalender unentgeltlich an die Landbevölkerung abgeben zu können. Nächsten Winter soll außerdem ein Flugblatt herausgegeben werden.
Der Stand der Presse wird als nicht ungünstig angegeben, obwohl keine wesentliche Erhöhung des Abonnentenstandes zu verzeichnen ist.
Als Reichstagskandidat wurde für den Wahlkreis Eschwege Schmalkalden-Witzenhausen der Zigarrenmacher Genosse W. Hugo in Schwege aufgestellt.
Amnestirt wurden weiter die Genossen Schmidt in Zwickau, Höber in Schneeberg, Schmidt in Neuwerk und Reiber in Oberplanitz. Reiber hatte noch 50 M. Geldstrafe aus der "Subensid-Affäre" mit Hans Blum zu bezahlen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
Telegraphisch wird uns gemeldet, daß der Parteigenosse Hödiger und der Bruder der "Neusischen Tribune", Genosse Stroß in Gera von der Anklage, daß sächsisch-Preussische Ministerium beleidigt zu haben, heute freigesprochen sind.

Gewerkschaftliches.

Der Tischlerzweig in Mulda i. S. dauert unverändert fort.

In Braunschweig haben 9 Nähmaschinen- und Denscheileifer der Firma Grimme, Ratalis u. Comp. die Arbeit wegen einer Lohnreduktion eingestellt, darunter 8 Familienväter mit zusammen 26 Kindern. Als Grund der Lohnreduktion gab die Braunschweiger Firma an, daß eine Berliner Handlung die Maschinen billiger zu beziehen wünsche.

Die Lithographen, Stein-, Kupfer-, Zink- und Lichtdrucker werden darauf aufmerksam gemacht, daß ihre Kameraden in Prag vor einer Lohnbewegung stehen, bei der sie der Solidarität auch der deutschen Berufsgenossen dringend bedürfen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 23. Januar. (B. Z.) Der Bundesrath ertheilte in seiner heutigen Sitzung dem Entwurf eines Einführungsgesetzes zu dem bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich in der vom Justizauschuß vorgeschlagenen Fassung die Zustimmung. Der Entwurf zerfällt, wie die "Berl. Korr." schreibt, in vier Abschnitte. Der erste Abschnitt enthält allgemeine Vorschriften. Als Bundesrath im Sinne des Einführungsgesetzes und des bürgerlichen Gesetzbuchs gilt das Etsch-Lothringen. Der zweite Abschnitt behandelt das Verhältniß des bürgerlichen Gesetzbuchs zu den Reichsgesetzen und der dritte das Verhältniß zu den Landesgesetzen. Der letzte Abschnitt enthält Uebergangsbestimmungen.

Weissenfels, 23. Januar. (B. Z.) Auf der Marienstraße in Zwenkau wurden bei einer neuerdings stattgefundenen Kessel-Explosion zwei Arbeiter schwer und ein Ingenieur leicht verletzt. Dies ist innerhalb 4 Monaten der 3. Unglücksfall.

Wien, 23. Januar. (B. Z. B.) Aus Teheran werden Christen hehen bedrohlichen Charakters gemeldet, die dort am Sonnabend und Sonntag stattgefunden haben. Gegen die fanatische Menge war das Militär machtlos. Die Ursache der Tumulte wird auf das Gerücht zurückgeführt, daß zwei Wärter der Firma Fog und Sohn in Julfa, die infolge Kohlendunst-Einathmung erkrankt waren, von den Christen ermordet worden seien. Die Europäer mußten ihre Häuser und Geschäfte schließen.

Remsburg, 23. Januar. (B. Z. B.) Der Direktor der hiesigen Handelbank wurde heute Morgen verhaftet. Man erwartet auch die baldige Verhaftung des Unterdirektors. Bei der Revision der Bücher hatte sich ein Defizit von 1750 000 Francs ergeben, welches durch Verschönerungen des Direktors verursacht war. Der Schaden ist durch den Reservefonds und das Vermögen des Verhafteten gedeckt. Der Geschäftsbetrieb der Bank bleibt ungestört, auch erliden die Gläubiger keinen Schaden.

Paris, 23. Januar. (B. Z. B.) Der Ministerrath beschäftigte sich mit dem zwischen Frankreich und der Königin von Madagaskar abgeschlossenen Vertrage, welchen der dortige Generalresident Saroche von der Königin hat unterzeichnen lassen. Durch diesen Vertrag ist Madagaskar zur französischen Besitzung erklärt worden; die Stellung der Königin und die Verwaltung durch Eingeborene sind indeß beibehalten worden.

Paris, 23. Januar. (B. Z. B.) Deputirtenkammer. Die Kammer setzt die Verathung der Anleihe für Tonkin fort. Lebon und Etienne, frühere Unterstaatssekretäre für die Kolonien, rechtsfertigen die in Tonkin ausgeführten Arbeiten. Finanzminister Doumer verpflichtet sich, eine Untersuchung über die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten vornehmen zu lassen, bittet aber die Kammer, die Anleihe, welche nothwendig sei, zu bewilligen. Ein Antrag de Montforts auf Vertagung wird mit 389 gegen 175 Stimmen abgelehnt. Hieraus nimmt die Kammer einstimmig eine Tagesordnung an, in welcher das Vertrauen ausgesprochen wird zu dem festen Willen der Regierung, diejenigen zu ermitteln, welche die Schuld an den vorgekommenen Unregelmäßigkeiten tragen; alsdann beschließt die Kammer, in die Verathung der einzelnen Artikel einzutreten.

Rom, 23. Januar. (B. Z. B.) Die "Agenzia Stefani" meldet aus Adahagama von heute: Bis jetzt ist weder von Galliano noch von Fetter eine Nachricht eingelaufen. Aus dem schoneischen Lager angelangte Rundschaffter bestätigen, daß König Menelik mit Fetter Unterredungen gehabt hat, und fügen hinzu, es seien dort Friedensgerichte in Umlauf. Die Rundschaffter berichten auch, die Schoaner zeigten Unzufriedenheit über die Verlängerung des Krieges und stürzten Mangel an Lebensmitteln. Derselben Rundschaffter zufolge wissen sich die Schoaner dem Widerstand Makalles nicht zu erklären; dieselben vermuthen, daß die italienischen Soldaten Wasser im Innern des Forts gefunden haben und geben sich verschiedenen anderen Vermuthungen hin.

Washington, 22. Januar. (B. Z. B.) Bei der Senatsdebatte über den Beschluß der Kommission für auswärtige Angelegenheiten betreffend die Monroe-Doktrin erklärte Walcott, ein hervorragender Republikaner, in längerer Rede, es sei niemals beabsichtigt gewesen, die Monroe Doktrin auf amerikanische Staaten außer den Vereinigten Staaten anzuwenden, ausgenommen wenn die Integrität der letzteren bedroht werde. Die Bildung der Venezuela-Kommission sei eher als eine Drohung anzusehen, denn als eine Bürgschaft für den Frieden. Die meisten südamerikanischen Staaten seien für Selbstregierung durchaus ungeeignet, besonders Venezuela, welches seine Freiheit theilweise britischem Besitze verdanke. Er hoffe, die Grenzlinie werde so bestimmt, daß die Engländer die Goldfelder anbeuten könnten, ohne der Dabgier der Mischlinge Venezuelas unterworfen zu sein. Als er Frankreich, Deutschland und Rußland gegen England verbündet gesehen und letzteres unerwidert und bereit der Welt die Stirne bot, habe er Gott gedankt, daß er denselben Stamme angehörte, und gehofft, England und die Vereinigten Staaten würden allzeit als Brüder zusammenstehen. Von dem Publikum auf den Gallerien wurde die Rede mit lautem Beifall begrüßt; Walcott wurde, nachdem er geendet, von vielen Senatoren und Deputirten umringt und beglückwünscht.

Shanghai, 23. Januar. (B. Z. B.) Die Errichtung einer technischen Hochschule in Nientun wurde von der Regierung genehmigt. Zum Direktor derselben soll der Amerikaner Karl Tenney ernannt werden. Die Hochschule wird im Herbst eröffnet werden.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby, Berlin. Für den Inzententheil verantwortlich: Th. Glode in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen

Reichstag.

22. Sitzung vom 23. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Stephan.
Das Haus setzt die Verathung des Etats der Postverwaltung fort beim Titel: Unterbeamte.

Abg. **Webel** (Soz.): Nachdem ich im vorigen Jahre aus Ueberbed die Verwendung von Postunterbeamten zum häuslichen Dienst für die Frau Postverwalter zur Kenntniß des Hauses und der Postverwaltung gebracht habe, glaube ich, daß diesem Uebelstande abgeholfen werden würde. Aber die Frau des genannten Postverwalters erklärte, die Abgeordneten sollten sich um andere Dinge kümmern; sie thäte, was sie wolle und der Mann thäte auch, was sie wolle. Die Unterbeamten müssen nach wie vor Semmeln holen u. s. w. Kleinliche Dinge würden von anderen Orten gemeldet. Die Unterbeamten beschwerten sich darüber nicht, weil sie in ihrer Beförderung und Anstellung und in ihren Gratifikationen von den Vorgesetzten abhängig seien. Redner bemängelt ferner, daß Unterbeamte zu Leistungen verwendet werden, für welche sie nicht angeeignet sind. Landbriefträger werden zur Bestellung von Paketen in der Stadt verwendet. Die Sonntagsruhe wird auch noch nicht überall genügend gehandhabt; der anwachsende Verkehr hat die Arbeitslast vermehrt, so daß sie nur durch Anstellung neuer Beamten überwunden werden kann.

Abg. **Jöckrant** (Reform-P.): Die Sonntagsruhe wird nicht überall so gut beachtet, wie die Postverwaltung behauptet. Nach einigen Mittheilungen, die mir gemacht sind, wird in sieben Postämtern überhaupt kein freier Sonntag gewährt. Bei sieben Postämtern wird der zweite, bei 11 der dritte, bei 1 der vierte, bei 1 der fünfte, bei 1 der siebente Sonntag freigegeben. Da, wo der zweite Sonntag frei gegeben wird, wird keine Ruhezeit in der Woche gegeben.

Präsident **v. Vnol**: Die Sonntagsruhe haben wir bei den früheren Titeln erledigt; ich bitte den Redner, nicht darauf zurückzukommen.

Abg. **Jöckrant**: Ich rede von der Sonntagsruhe der Unterbeamten.
Präsident **v. Vnol**: Ich bitte nochmals, auf die Sonntagsruhe nicht zurückzukommen.

Abg. **Jöckrant**: Ich spreche von der Sonntagsruhe der Unterbeamten, nicht von der der höheren Beamten, welche Sonntags höchstens arbeiten als Sonntagsjäger, wenn sie auf die Jagd gehen. Wenn ich von der Sonntagsruhe der unteren Beamten nicht sprechen darf, dann will ich von ihrer Arbeitszeit sprechen. Hält die Postverwaltung diese Art der Sonntagsruhe und Wochenruhe für die Postbeamten für legal? Ich frage das um so mehr, als der Vertreter der Reichspartei v. Stamm erst untersuchen will, ob die Schäden, über welche die Beamten klagen, auch hier im Hause als Schäden angesehen werden. Wenn die Postverwaltung nicht freiwillig Wandel schafft, muß der Reichstag sie durch Resolutionen oder Anträge dringend dazu auffordern. Die Postverwaltung hat seit 25 Jahren Gelegenheit gehabt, dieser Frage näher zu treten, und doch ist sie noch nicht so nahe getreten, daß Wandel geschaffen ist. Danach ist der Standpunkt der Postverwaltung weit entfernt von dem gerechten Interesse für die Beamten. In einem Ort an der Weiser haben die Beamten schon lange genug nach Hilfe geschrien, sodas sie sich schließlich himmelschreiend an einen Höheren, an den Gott der Gerechtigkeit gewandt haben, der will, daß jeder Arbeiter seinen Lohn genieße. Die Postbeamten haben weder Ruhe in ihrer Familie, noch können sie den Gottesdienst besuchen. In dem mir zugegangenen Material aus jenem Ort heißt es: Ein Postbeamter könnte allerdings den Gottesdienst besuchen, wenn er nämlich in einer halben Stunde vom Bureau nach Hause gehen, sich umkleiden, Mittag essen und nach der Kirche gehen könnte. Wie wenig Verständnis für das religiöse Bedürfnis der Beamten herrscht, zeigt der Umstand, daß Herr Singer, ein Vertreter des mosaischen Glaubens, für die Sonntagsruhe eintreten mußte. Dieser Zustand paßt nicht in die Zeit der Erinnerung an die fünfzigjährige Wiederkehr des Gründungstages des Reiches. Der Generalpostmeister würde seinen Titel mit Ehren tragen, wenn er für die Sonntagsruhe einträte. Es wäre überhaupt besser, wenn er sich mit Weistern umgeben hätte und nicht mit Ministern juristischer Herkunft, die keine Fachkenntnis haben. Wenn der Generalpostmeister nichts weiter fertig bringt, als die Sonntagsruhe in den Verkehr hineinzubringen, dann hätten wir besser gar keine Postverwaltung.

Präsident **v. Vnol**: Ich bitte den Redner nochmals, auf die Sonntagsruhe nicht näher einzugehen und mache ihn auf die geschilderten Folgen des weiteren Abschweifens aufmerksam.

Abg. **Jöckrant** (Reform-P.): Ich bin dem Präsidenten dankbar für die Zurückweisung. Mein Abschweifen liegt vielleicht an meiner jungen parlamentarischen Erfahrung. (Heiterkeit.) Auf die Gehaltsverhältnisse der Unterbeamten will ich nicht eingehen, weil ich fürchte, daß der Präsident auch dabei ein Zurückgreifen auf die Generaldebatte verhindern würde. Ich will nur über die Kleidung der Unterbeamten einiges bemerken. Ich wünsche, daß die Postbeamten im Winter so gekleidet werden, daß ihre Gesundheit nicht geschädigt wird, ebenso im Sommer. Nur in zwei Fällen wird der Urlaub gewährt ohne Abzug vom Gehalt. Man versteht aber in Beamtenkreisen unter Urlaub eine Freigabe von der Arbeit ohne Abzug vom Gehalt. In diesem Sinne wird im allgemeinen ein Urlaub bei der Postverwaltung nicht gewährt.

Geheimer Oberpostroth **Wittke**: Ich muß ganz entschieden dagegen protestiren, daß die Postunterbeamten überbürdet sind. Es wird von Seite der Amtsvorsteher und der die Aufsicht führenden Organe dafür gesorgt, daß die Arbeitsleistungen der Unterbeamten sich in richtigen Grenzen halten. Beweis hierfür ist die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen und die Verminderung der nicht-etatsmäßigen Stellen der Unterbeamten in den letzten 6 Jahren. Für 1896 stellt sich die Zahl der etatsmäßigen Stellen auf 43 778 — 69,62 pCt. der Gesamtzahl — und die Zahl der nicht etatsmäßigen Stellen auf 19 101 — 30,38 pCt. der Gesamtzahl. In diesen 6 Jahren hat sich die Zahl der etatsmäßigen Stellen von 61 09 auf 69,62 pCt. vermehrt und die Zahl der nicht-etatsmäßigen Stellen von 88,91 auf 30,38 pCt. vermindert. Es sind jedes Jahr ca. 2200 neue etatsmäßige Stellen geschaffen worden. Die Gesamtzahl der Unterbeamten hat sich in demselben Zeitraum von 88 114 auf 70 879 vermehrt. Das System der Gratifikationen besteht bei der Postverwaltung wie bei den andern Verwaltungen. In allen Verwaltungen wird die Gratifikation ungefähr nach einem gleichen Querschnittsmaß im Verhältnis zum Remunerationssondes bemessen, wobei natürlich die älteren Beamten mehr berücksichtigt werden als die jüngeren. Im abgelaufenen Staatjahre haben aus dem Remunerationssondes 48 000 Personen Unterzählungen und Gratifikationen erhalten und davon 82 000 Unterbeamte! Der Abg. Jöckrant hat wiederholt von „himmelschreienden“ Missethänden in unserer Verwaltung hinsichtlich der Sonntagsruhe der Unterbeamten gesprochen und seiner Beschwerde einen Ort an der Weiser zu nennen. Wir können

bedwegen diese Ausführungen nur als allgemeine ansehen. Wenn aber der Herr Abgeordnete auch noch davon gesprochen hat, daß von den höheren Verwaltungsbeamten diese Angelegenheit mit Hochmuth behandelt werde, so muß ich dem auf das Entschiedenste widersprechen. Diese Angelegenheiten werden von uns mit absolutem Wohlwollen behandelt.

Abg. **v. Jazdzewski** kommt auf den Verein zur Verteidigung des Leutichthums in den Ostmarken zurück. Er müsse namens seiner Landsleute Verwahrung dagegen einlegen, daß die Beamten sich an einem solchen Vereine beteiligen, der zu einem Boykott gegen polnische Gewerbetreibende und zu einem schädigenden Denunziantenthum geführt hat. Staatssekretär **v. Stephan**: Allerdings hat der Unterstaatssekretär den Beamten eine gewisse Zurückhaltung empfohlen gegenüber prononziert politischen Vereinen. Aber der Unterstaatssekretär machte noch den Zusatz: Allein wir sind der Meinung, daß wir es in den einzelnen Fällen dem Takt des einzelnen Beamten überlassen können, wie weit er sich Zurückhaltung auferlegt. Das ist doch etwas anderes, als der Vorredner gewollt hat.

Abg. **Paasche** (natl.): Im Namen des Herrn Hammacher erkläre ich, daß derselbe nichts von seinen damaligen Äußerungen zurückzunehmen hat.

Abg. **Jöckrant** (Reform-P.): Der Vertreter der verbündeten Regierungen hat die von mir vorgebrachten Thatsachen in keiner Weise entkräftet.

Abg. **Webel** (Soz.) bleibt dabei, daß die Vermehrung der Beamtenstellen durchaus noch nicht eine Entlastung der Beamten zur Folge habe. Die lange Arbeitszeit am Sonntag beweise, daß die Zahl der Beamten nicht ausreichte, die Arbeiten in der Woche zu bewältigen. Ich habe darauf hingewiesen, daß dauernd Beamte Verrichtungen erfüllen müssen, für die sie nicht angeeignet sind. Das beweist einen Mangel an Beamten. Die Gratifikationen bestehen allerdings nicht nur im Postetat, sondern auch in anderen Etats. Aber besser wäre es, dieselben überall abzuschaffen, da sie durchaus nicht notwendig sind. Redner bemängelt ferner, daß die Unterbeamten später als die anderen Beamten, erst nach 20—24 Jahren unflüchtig angestellt werden. Eine zwölfjährige Dienstzeit, ehe ein Beamter etatsmäßig wird, reicht doch aus, die Zuverlässigkeit des Mannes zu prüfen. Das dazu 20 oder 24 Jahre notwendig sein sollen, kann nur einem ungerechtfertigten Mißtrauen entspringen.

Staatssekretär **v. Stephan**: Herr Weibel meint, der Postetat werde mit besonderem Interesse und Genauigkeit hier vorgenommen, weil er von allgemeinem Interesse für die ganze Nation bis in die kleinsten Theile in Stadt und Land sei. In Frankreich wird der Postetat auch ziemlich genau durchgeführt, abweichend von anderen größeren Ländern, Oesterreich, England, Italien u. s. w. Da habe ich neulich bei der letzten Verhandlung des Budgets der Postverwaltung eine Äußerung eines französischen Verichters gelesen: Le budget des postes est le plus electoral de tous les budgets. (Der Postetat ist der für die Wahlen wichtigste.) Das mag ja eine französische Anschauung sein, hier kann ich dem Herrn Abgeordneten nur glauben, daß lediglich ein solches Interesse für den Postetat vorliegt. Bezüglich der Anstellung ist richtig, was Herr Weibel sagt; man kann Beamte erst fest anstellen, wenn man sich genügend über ihre Qualifikation für den Dienst, ihre Charaktereigenschaften und auch ihre pekuniären Verhältnisse unterrichtet hat. Im vorigen Jahre hat aber bereits eine wesentliche Verkürzung dieser Wartezeit stattgefunden, sie ist von 20 auf 12 Jahre herabgesetzt, und das ist doch ein erheblicher Schritt vorwärts. Es gehört nach unserer Erfahrung allerdings längere Zeit dazu bei der großen Verantwortlichkeit, die mit dem Postdienst verbunden ist, ehe man zu einer definitiven Anstellung übergeben kann. Die Anstellung kann auch nur nach Maßgabe der vorhandenen Stellen erfolgen. Man könnte sagen: weshalb schafft Ihr nicht mehr Stellen? Es hat aber schon eine außerordentliche Vermehrung der Stellen, härter als in jedem anderen Ressort stattgefunden. Das wird dem Abgeordneten auf seine Frage wohl genügen. Ein Antrag auf Beseitigung des ganzen sogenannten Gratifikationsgeldes ist in früheren Jahren z. B. im preussischen Abgeordnetenhaus und auch im Reichstage wiederholt gestellt worden. Gratifikationen ist eigentlich kein richtiger Ausdruck, es ist ein Unterhaltungs- und Verlohnungsgeld für Krankheiten, unvorhergesehene Ereignisse u. s. w. Der Antrag ist immer übereinstimmend von allen Regierungen abgelehnt worden, weil ein solcher Fond für große Verwaltungen existiren muß.

Abg. **v. Jazdzewski**: Wir verlangen nichts weiter als gleiches Licht und gleichen Schatten. Den polnischen Beamten wird verboten, sich an politischen Vereinen zu beteiligen, sogar an Wohltätigkeits- und Fachvereinen, welche nur polnische Mitglieder umfassen. Da haben wir doch das Recht zu verlangen, daß die Behörden den Beamten verbieten, Vereinen beizutreten, welche so gefährliche Tendenzen verfolgen. Wir wollen den Frieden.

Abg. **Paasche** protestirt dagegen, daß der genannte Verein gefährliche Ziele verfolge. Solche Vorwürfe sind nicht dazu geeignet, den Frieden zu fördern.

Der Titel wird darauf bewilligt.

Bei dem Titel: Wohnungsgeldzuschuß bemerkt Abg. **Werner** (deutsch-soz. Ref.-P.), daß der Tarif des Wohnungsgeldzuschusses seit 10 Jahren unverändert geblieben sei; einzelne Orte verdienen in eine höhere Klasse gesetzt zu werden. Die Wohnungsgeldzuschüsse für Berlin und Quindburg reichen z. B. bei weitem nicht aus, um eine anständige Wohnung zu mieten.

Staatssekretär **v. Stephan**: Die Postverwaltung ist hierbei ganz unbeteiligt, es ist Sache des Bundesraths, diese Frage zu regeln.

Abg. **Werner**: Dann hoffe ich, daß der Bundesrath sich der Sache annimmt.

Zum Titel: „Stellenzulagen“ beantragt Abg. **Werner**: „Die Stellenzulagen im nächsten Jahre abzuschaffen, und die dadurch verfügbar gewordene Summe zu Nachdiensenterschädigungen an Beamte und Unterbeamte zu verwenden.“ Bei der Vertheilung der Zulagen bekommen meist die Bureaubeamten das meiste, weil sie als die rechten Hände der Vorsteher betrachtet werden. Die Schalterbeamten, welche eine große Verantwortlichkeit haben, kommen dabei schlecht weg. Man sollte lieber wie in Oesterreich Zulagen für ten besonders anstrengenden Nachdienst bezahlen. Für die Nachdienst thunenden Beamten sind meistens nicht einmal Kubeloger vorhanden. Ja, es werden Beamte, die liegend getroffen werden, bestraft. Die anstrengend arbeitenden Unterbeamten werden kurz bedacht mit den Stellenzulagen, die Oberbeamten besser. Mindestens sollte man künftig frei werdende Stellenzulagen ersparen.

Staatssekretär **v. Stephan**: Der Postverwaltung ist das System der Stellenzulagen von Anfang an nicht sympathisch gewesen; sie hat die daraus entstehenden Uebelstände vorgezogen. Wir sind aber verfahren nach den allgemeinen Grundsätzen der Teilschrift, welche seitens des Reichstags vorgelegt wurde. In Oesterreich stehen die Beamtenabteilungen hinter den unserigen erheblich zurück. Eine Ausgleichung für den Nachdienst erfolgt beim Tagesdienst. Wohin würde das Prinzip von Zulagen für den Nachdienst führen? Die Nachwächter haben ja überhaupt nur Nachdienst. (Heiterkeit.)

Abg. **Werner**: Ich wollte nur nachweisen, daß die Stellenzulagen schädlich sind.

Der Antrag **Werner** wird gegen die Stimmen der Reformpartei abgelehnt.

Bei den einmaligen Ausgaben bemerkt der Berichterstatter **Bärkin**, daß die Kommission die Ausnahme sämtlicher Ausgaben befürworte; bei 25 Titeln handele es sich um weitere Raten, die vierzehn Neuforderungen haben keinen Abstrich erfahren, weil die Forderungen sich als dringend notwendig ergeben haben. Bezüglich der vorgelegten Pläne wurde anerkannt, daß dieselben im Innern und Außen jeden überflüssigen Luxus vermeiden, womit den Wünschen des Reichstags Rechnung getragen worden ist. Ueber die Herstellung von Dienstwohnungen werden Normativbestimmungen vorbereitet. Die Wohnungen sollen nicht zu groß sein, damit die Beamten nicht zu ihren Mitteln nicht entsprechenden Ausgaben verleitet werden.

Abg. **v. Leipziger** (Dt.): Wir haben mit unserem Bestreben nach Sparsamkeit gegenüber den großen Anforderungen unter den einmaligen Ausgaben, deren Bewilligung uns für weitere 12 Millionen verpflichtet, keinen Anlaß gefunden und müssen deshalb darauf verzichten, Anträge zu stellen.

Staatssekretär **v. Stephan**: Ich möchte hervorheben, daß in diesem Jahre der Post-Bausondes des Extra-Ordinariums nur 2,28 pCt. der Gesamteinnahmen beträgt. Wir müssen doch auch dem gewaltigen Aufschwunge des Verkehrs, den Bedürfnissen des Dienstes und des Publikums gerecht werden. Dementsprechend muß eine Anzahl älterer Bauten erweitert und erneuert werden, und das erfordert natürlich erhebliche Mehrkosten. Da unsere Posten in vorzüglicher Lage stehen müssen, so muß auch der Grund und Boden theurer bezahlt werden als es sonst der Fall sein würde. Da unsere Postbauten sich keineswegs durch einen übertriebenen Luxus auszeichnen, zeigt ein Vergleich mit den Postbauten fremder Länder. Das Postgebäude in Liverpool z. B. kostet 5 Millionen Mark und dabei besaß sich die englische Post nicht einmal mit der Paketbeförderung und mit der Expedition der Zeitungen. Um aber berechtigten Wünschen hinsichtlich einer größeren Sparsamkeit entgegenzukommen, hat die Reichspostverwaltung an die Oberpostdirektionen im September 1893 eine Verfügung erlassen, in welcher sie aufgefordert werden, dahin zu wirken, daß eigene Postgebäude nur in größeren Verkehrszentren und nach Maßgabe des wachsenden Verkehrs gebaut werden, daß dabei jeder unnötige Aufwand vermieden und in kleineren Orten von dem Bau eigener Postgebäude Abstand genommen werde. Ich glaube, daß diese Ausführungen die Herren befriedigen werden.

Abg. **Schmidt-Warburg** (Z.) spricht seine Befriedigung über die Ausführungen des Herrn v. Leipziger aus. Er sei immer der Anschauung gewesen, daß der Staatssekretär im Reichspostamt zu splendid baut, aber er habe mit seinem Antrage im Reichstage kein Glück gehabt und würde auch jetzt keinen Erfolg haben, wenn der Antrag gestellt werden würde, den ersten Neubau, das Dienstgebäude in Apolda an die Kommission zurück zu verweisen. Es hat mir besser die Verfügung des Staatssekretärs von 1893 gefallen, als sein Hinweis auf Liverpool. Die Bauten der reicheren Engländer sollte der Staatssekretär sich nicht zum Muster nehmen.

Abg. **Vugen** (Z.): Es muß bei den Bauten eine gewisse Mittelmäßigkeit geübt werden.

Abg. **Singer** (Soz.): Es ist doch ein seltsames Zeichen der Zeit, daß seitens der Konservativen und des Zentrums so großer Werth auf die Sparsamkeit bei den Postbauten gelegt wird. Aber bei den vielen Millionen umfassenden Etats der Militär- und Marineverwaltung merkt man von dieser Sparsamkeit gar nichts. Meine Partei hat ja ein Interesse, für Postbauten mehr als nothwendig auszugeben, aber wenn man dem Staatssekretär der Post seit Jahren hier vorwirft, daß er für die Bauten zu großen Luxus anwendet, so ist das auf gewisser Seite doch unrecht. Gewiß werden in den großen Städten auch äußerlich sehr schön aussehende Postbauten hergestellt, das ist aber nicht zu ändern. Die Postgebäude werden in den großen Städten in den Mittelpunkt des Verkehrs gestellt und müssen auch äußerlich wenigstens so aussehen, daß die Verwaltung, die sie herstellt und die Gesetzgebung, die sie bewilligt, sich nicht zu schämen haben. Das Luxus zu vermeiden ist, bestreite ich nicht, aber diese Angelegenheit hat nicht die Bedeutung, welche ihr die Konservativen seit Jahren beizulegen zu geben, denn die Ersparungen wären nicht von solcher Bedeutung. Die für die Postbauten verwendeten Mittel sind der Kultur gewidmet, um das Verkehrsbedürfnis zu befriedigen. Auch in kleinen und mittleren Städten sind Postgebäude ausständig auszuführen. Das Reich soll auch nach der Richtung ein Vorbild für die Privatindustrie und das Publikum sein. Ich wünsche nur, daß die Fürsorge, welche die Postverwaltung auf die Herstellung der Gebäude verwendet, ebenso auf alle Gebiete ihrer Verwaltung ausgebeutet wird. Wenn der Staatssekretär ebenso für die Verbesserung und die soziale Lage seiner Beamten handeln würde, könnte er sich unserer vollsten Zustimmung versichert halten. Für die Volkswohlfahrt und die Beschaffung öffentlicher Arbeiten ist die Herstellung der Postgebäude ein wesentlicher Vortheil. Das Reich sorgt dadurch für Arbeit. Wir haben in der Budgetkommission seit Jahren dahin gewirkt, daß die Arbeiten für die Postgebäude in den betreffenden Städten selbst gemacht werden, und wir haben dahingehende Zusicherungen von der Postverwaltung erhalten. Die Ausgaben, die hierfür das Reich macht, dienen wieder dem Reich. Das Bestreben, hier das Nothwendige zu schaffen, darf man nicht zu sehr beschränken, zumal man auf anderen Gebieten die Millionen garnicht ansieht, sondern sich für Militärvorlagen begeistert und die Regierung sogar anfordert, sich auf dem Gebiete der Marine nicht zu gentren. Da haben die Parteien, die das thun, am wenigsten das Recht, gegen die Postbauten zu sprechen, die eine kulturelle Bedeutung haben, während die anderen Dinge nur chauvinistischen Gelüsten dienen.

Abg. **Graf Limburg-Stirum** (A.): Der Vorredner deutete an, daß das Haus aus politischen Motiven gerade bei den Postbauten auf Sparsamkeit sehe; während wir bei Militär- und Marinefragen ungezählte Millionen bewilligen, wollten wir hier knausern. Die Gesichtspunkte der Sparsamkeit werden wie bei den Postbauten in genau demselben Maße bei der Armee und Marine gehandhabt. (Lachen links.) Was wir tadeln, ist der übertriebene Luxus in der äußeren Ausstattung. (Sehr richtig! rechts.)

Die ferneren Raten für bereits früher bewilligte Bauten werden ohne Debatte bewilligt; ebenso die meisten Neubauten. Nur bei dem Postgebäude in Karlsruhe erklärt auf eine Anregung des Abg. **Werne** (Z.) der Staatssekretär **v. Stephan**, daß die Anzulänglichkeiten des Postgebäudes in Freiburg sich nicht überwinden lassen. Die Postverwaltung steht dem Gedanken eines Neubaus sympathisch gegenüber.

Es folgt die Vertheilung der Einnahmen. Angesehen sind an Porto- und Telegraphengebühren 272 000 000 M.

Berichterstatter **Bärkin** weist darauf hin, daß in der Kommission der Antrag auf Erhöhung dieser Einnahme abgelehnt sei; man hat sich an die Durchschnittsziffer gehalten.

Abg. **Fischbeck** (Dt. Sp.) stellt auf Grund der Aktien des deutschen Handelstages dem Staatssekretär **v. Stephan** gegenüber, daß derselbe niemals einen Beschlus gegen die Er-

mäßigung der Telephongebühren gefaßt habe. Daß wir in Deutschland am weitesten mit dem Telephonwesen sind, ist nicht richtig.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Sein Etat der Reichsdruckerei werden unter den einmaligen Ausgaben 60 000 M. gefordert zur Beschaffung von Maschinen und sonstigen Betriebsmitteln.

Abg. Sasse (nat.) führt Klage darüber, daß die Reichsdruckerei die Einfuhr, die ihr auferlegt sei, sich hauptsächlich nur mit Aufträgen des Reiches und des Staates zu begnügen und höchstens solche Aufträge anzunehmen, welche von Privatdruckereien nicht ausgeführt werden können, nicht inne halte.

Unterstaatssekretär Fischer: Vor zwölf Jahren wurden Beschwerden von Interessenten vorgetragen, daß die Reichsdruckerei Aufträge annehme, welche von Privatdruckereien ausgeführt werden können. Damals wurde die Reichsdruckerei aufgefordert, die Nachsicht zu befolgen. Seitdem sind Klagen nicht wieder zu unseren Ohren gekommen.

Abg. v. Dörmann (B.) spricht für die Leistungen der Reichsdruckerei seine volle Anerkennung aus.

Der Etat der Reichsdruckerei wird genehmigt; ebenso ohne Debatte der Etat des Reichskanzlers.

Es folgt der Etat des Reichskanzlers und der Reichskasse.

Abg. v. Strembeck: Dem Reichstage wird eine Uebersicht der Beschlüsse des Bundesrats vorgelegt, aber die unerledigt gebliebenen Positionen werden nicht aufgenommen und verschoben für die spätere Zeit vollständig. Meine Freunde und Mitglieder anderer Fraktionen wünschen, daß dieses Verfahren ausgedehnt wird, daß die zur Zeit der Ueberwindung der Uebersicht nicht erledigten Sachen auf die nächsten Jahre übertragen werden.

Staatssekretär v. Mitterer: Ich bin gern bereit das zu thun, nur möchte ich bezweifeln, ob sich das hinsichtlich aller Resolutionen empfehlen wird. Dagegen bin ich gern bereit, den Reichstag fortan von dem Schicksal derjenigen Resolutionen in Kenntniß zu setzen, die ein weittragendes Interesse haben und an denen sein Herz hängt.

Abg. Barth (z. B.): Ich möchte den Reichskanzler fragen, ob er bereit ist, sich über die Währungsfrage, in bezug auf welche er mehrfach angefragt ist, Auskunft zu geben; der Reichstag hat im Februar vorigen Jahres eine auf diese Frage bezügliche Resolution beschlossen. Die Herren Bimetallisten hatten damals im preussischen Herrenhause und Abgeordnetenhaus Anträge eingebracht, in welchen die preussische Regierung aufgefordert wurde, den Reichskanzler zu ersuchen, ungefähr und noch näher die Schritte zu thun, welche geeignet sind, zu einer internationalen Regelung der Währungsfrage mit dem Endziel eines internationalen Bimetallismus zu führen.

Von einer nicht geringen Zahl deutscher Regierungen wissen wir, daß sie sich der Idee der Währungskonferenz ablehnend gegenüberstellen. Ich habe ein zu hohes Verlangen für die volkswirtschaftlichen Kenntnisse der verbündeten Regierungen, als daß ich annehmen könnte, sie würden sich für eine Konferenz entscheiden. Im abgelaufenen Jahre sind alle Prophezeiungen der Bimetallisten nicht erfüllt worden. Noch niemals ist eine so kolossale Masse Gold gefördert worden, wie im vorigen Jahre und das laufende Jahr wird darüber wohl noch hinausgehen. Das muß uns noch mehr bestimmen, an der Goldwahrung festzuhalten. Wenn andere Regierungen erklären, daß die Einberufung einer internationalen Währungskonferenz keinen Zweck habe, so hat die deutsche Regierung erst recht keine Veranlassung, damit vorzugehen. Der Kredit der Vereinigten Staaten ist im sinken, weil man das Mißtrauen hat, daß irgend einer der Vereinigten Staaten einmal auf den Gedanken kommen würde, seine Anleihen in Silberdollars zurückzahlen. Die besten Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse der nordamerikanischen Staaten sind der Meinung, daß von der Bank infolge der Schwäche des Präsidenten Cleveland niemals hätte die Rede sein können, wenn die Währungsverhältnisse in Ordnung gewesen wären. Um der Rückzahlung in Silber zu entgegen, würden die amerikanischen Werte zurückgeworfen aus Europa nach Amerika. Deshalb muß man sich hüten, mit der Währung jetzt irgend welche Experimente zu machen. Daß die Herren nach Paris gefahren sind und mit Vertretern anderer Länder über die politische Frage verhandelt haben, nehme ich ihnen nicht übel; im Gegenteil, ich freue mich, daß die Herren sowohl gelernt haben, daß sie jetzt selbst etwas thun, was sie vor zehn Jahren der Fortschrittspartei als Hochverrath vorgeworfen haben. Ich erinnere dabei an die berühmte Broschüre über den Cobdenklub. Die Herren geben nicht bloß nach Paris und lassen Beschlüsse, sondern sie halten die Beschlüsse geheim, die sie mit Ausländern und sogar mit Franzosen gemeinsam gefaßt haben. (Weiterkeit links); sie haben auch noch freundschaftliche Besuche gemacht beim französischen Präsidenten und bei seinem Minister, trotzdem das Cabinet Bourgeois hier bei uns nicht bei den Sozialdemokraten sitzen würde. (Weiterkeit rechts). Sehr richtig! links.)

Man meinte, daß die Amerikaner nur darauf warteten, eine Währungskonferenz einzuberufen. Aber daß die praktischen Amerikaner einen positiven Erfolg davon erwarten, möchte ich bezweifeln. Von einem Währungsbündnis wollen die Herren nichts wissen, sie wollen sich nicht fesseln an ein Bündnis mit protektionistischen und autokratischen Mächten, wie es in einer in Amerika zahlreich verbreiteten Broschüre hieß. Wenn schon vor einem Jahre keine Veranlassung vorlag, der internationalen Währung näherzutreten, so liegt heute erst recht kein Anlaß dazu vor. Ich glaube dem Herrn Reichskanzler eine Geselligkeit zu erwiesen, wenn ich ihm Gelegenheit gebe, sich von diesem Kadaver mit Denkschrift zu befreien.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe: Ich kann zu meinem Bedauern dem Wunsche des Abg. Barth nicht Folge leisten. Ich bin nicht in der Lage, die Auskunft zu erteilen, die er wünscht; ich werde aber in der nächsten Zeit Gelegenheit haben, eine Erklärung abzugeben über die Stellung, welche die Regierung zur Resolution einnehmen wird.

Abg. v. Kardorff: Herr Barth meint, es wäre jetzt weniger als jemals die Zeit, Währungskonferenzen zu berufen, die bisher immer gescheitert seien. Ihm ist wahrscheinlich nicht bekannt, daß dieselbe Erklärung, die der Minister Volsow veröffentlichte, von anderer Seite abgegeben und zu Protokoll gegeben wurde, daß nämlich eine Konferenz nicht berufen werden könne, ehe nicht gewisse Staaten sich über ein bestimmtes Programm geeinigt hätten.

Der jetzige Ministerpräsident Bourgeois gehört zu den kenntnisreichsten Bimetallisten Frankreichs, er kennt die Frage nicht bloß oberflächlich, Herr Barth, sondern hat sie gründlich studiert. (Weiterkeit.) Herr Barth tarnt ihn doch wohl etwas unrichtig; er würde die Stelle des Herrn Barth einnehmen, er steht den Sozialisten sehr nahe, möchte gern von ihnen unterstützt sein, wenn er auch vor den Konsequenzen daraus zurückschreckt.

Herr Barth hat Studien über die Kreditwürdigkeit amerikanischer Bankprioritäten gemacht. Ob diese Papiere so werth waren, unter das kleine Publikum verbreitet zu werden, überlasse ich dem Urtheil anderer. Es wäre gleich, ob sie aus Gold oder Silber gestellt werden, die Zuhörer wären zufrieden, wenn sie nur etwas bares Geld bekämen. Die Amerikaner haben kein Institut wie unsere Reichsbank; sie haben Banken in den einzelnen Staaten, das ist für die Regierung eine außerordentlich unangenehme Sache. Im übrigen sollte Herr Barth es unterlassen, es so darzustellen, als ob in Amerika Neigung für die Goldwahrung vorhanden wäre. Es gibt einige Goldleute unter den Bankiers, sonst aber nicht. Die Frage ist nur, wollen wir Gold und Silber mit freier Prägung allein prägen, ohne uns um die

andere Staaten zu kümmern, oder wollen wir erst in Unterhandlungen treten. Die verständigen Leute sind alle internationale Bimetallisten. Die reinen Silberleute sind nahe daran, im Parlament die Mehrheit zu bekommen, und wenn nicht bei manchen Fragen eine Zweidrittelmehrheit notwendig wäre, würden sie mit ihren Anschauungen durchdringen. Wenn Herr Barth unser Verfahren, unsere Reise nach Paris mit dem Cobdenklub vergleicht, so ist das falsch. Der Cobdenklub hatte bezahlte Agenten, welche damit beauftragt waren, dem englischen Export neue Wege zu öffnen. Daß Deutsche Mitglieder des Cobdenklubs waren, ist nicht recht zu verstehen. Die Silberleute haben niemals etwas bezahlt für Agenten. Wir haben die Beschlüsse in Paris geheim gehalten, weil das englische Parlament erst im Februar zusammentritt. Wenn dasselbe zusammengetreten sein wird, werden wir die Beschlüsse veröffentlichten und sie werden Herrn Barth wohl gefallen. Die Goldwahrung hat zwei Systeme herbeigeführt, es gibt Silbernoten und Staaten mit unterwertigen Valuten. Diese Zustände können nicht bestehen bleiben. Bisher ist es nur die Landwirtschaft gewesen, welche darunter zu leiden hatte. Die unterwertigen Valuten würden beseitigt werden können, wenn an Stelle des Papiers nicht bloß Gold, sondern auch Silber verwendet werden könnte. Wenn die japanische und chinesische Industrie in Konkurrenz treten wird, dann wird die Industrie die Folgen auch merken; ich will nicht an den Kriegsfall erinnern, in welchem die Goldwahrung Gefahr bringen wird.

Wir werden unsere Bestrebungen nicht sinken lassen und wenn die Regierung erklärt, wir können uns nicht einlassen auf die Währungsfrage, so werden wir bedauern, daß sie auch diesen Rettungsanker für die Landwirtschaft von sich weist, aber wir werden diese Frage noch mehr in den Vordergrund schieben, nachdem der Antrag Kovth zurückgewiesen ist. (Beifall rechts.)

Präsident von Buol: Ich muß dringend ersuchen, daß auf jener Seite der Tribune (nach links) wachsam, wo die Journalisten sich befinden, mehr Ruhe beobachtet wird. Es ist heute wiederholt vorgekommen, daß Zurufe und selbst Ausrufungen des Mißfallens von dort laut geworden sind. Es wird hoffentlich der Hinweis auf den § 89 der Geschäftsordnung (Nennung der Tribunen) genügen, um derartigen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Limburg-Stürum (B.): Herr Barth hat über die Broschüre über den Cobdenklub sehr weitgehend gesprochen. Die Broschüre weist nach, daß der Cobdenklub nichts weiter wollte, als die englischen Interessen in ein wissenschaftliches Gewand zu hüllen. Daß die Herren, welche in Deutschland sich dem Klub angeschlossen hatten, über diese Enthüllung nicht erfreut waren, ist begreiflich, denn es freut niemanden, den Nachweis zu erhalten, daß er auf einen Leim getreten ist. Die Broschüre von Lohar Bucher war ein werthvolles Werk und wenn die Freunde des Herrn Barth ebenso werthvolle Dinge schreiben würden, so würden sie damit Gutes machen. Ich wende mich nun anderen Dingen zu. Ich freue mich, daß unsere Beziehungen zu Rußland freundlichere geworden sind; wir haben sehr wenig verschiedene Interessen, aber sehr viele gemeinsame mit Rußland. Eine große Freude haben wir empfunden über die wirksame Wahrnehmung unserer Interessen in der Transvaal-Angelegenheit. Das Telegramm, das in dieser Beziehung ergangen ist, hat überall Zustimmung gefunden. Wenn man aber meint, daß wir mit England in Krieg gerathen könnten, so sind das doch etwas kühne Erwägungen. Daß wir uns auf einen Seekrieg mit England einlassen könnten, ist ja einfach undenkbar. Darum ist aber nicht ausgeschlossen, daß das Deutsche Reich seine Interessen auch im Ausland wahrte, England hat ebenso Interessen in europäischen Ländern, wo es auf das Wohlwollen und die Hilfe anderer Staaten angewiesen ist, und es ist von England von großer Bedeutung, ob es dort auf die Freundschaft oder Gegnerschaft des mächtigen Deutschen Reiches rechnen kann. Wir können uns nur freuen, daß die deutsche Regierung so energisch für die Wahrung der deutschen Interessen eingetreten ist. (Beifall.)

Abg. Barth: Ich bedauere, daß der Vorredner seine Freude über unsere besseren Beziehungen zu Rußland nicht schon damals zum Ausdruck gebracht, als es sich um den Abschluß des russischen Handelsvertrags handelte. (Sehr richtig! links.) Eine deutsche Politik, welche darauf abzielen würde, England, welches uns seit Jahren befreundet ist, vor den Kopf zu stoßen, würde den wahren Interessen Deutschlands nicht entsprechen und ich bin überzeugt, daß in der Person des Reichskanzlers eine gewisse Garantie dafür liegt, daß ein gutes Verhältnis aufrecht erhalten wird. Das Pamphlet von Lohar Bucher über den Cobdenklub habe ich genau studirt und mich gewundert, woher er den Muth und den Ungehorsam gefunden hat, die Broschüre zu schreiben. Von bezahlten Agenten des Cobdenklubs ist keine Rede; die Akten desselben liegen offen vor aller Augen, einen geheimen Fonds gibt es nicht, es ist das eine der thörichten Behauptungen, die jemals aufgestellt sind. Ueber die bimetallistischen Freunde des Herrn v. Kardorff in Amerika möchte ich doch etwas bemerken. Der Präsident Cleveland wird große Augen machen darüber, daß ein Bimetallist sei; ich habe mich mit ihm eingehend unterhalten und gefunden, daß er meinen Anschauungen näher steht, als denen des Herrn v. Kardorff. Wenn man von bezahlten Agenten des Cobdenklubs spricht, dann könnte man viel mehr von bezahlten Agenten der amerikanischen Silberminebesitzer in Deutschland sprechen. (Zustimmung links.) Abg. v. Kardorff (mit dem Wort.) Ich will nur darauf hinweisen, daß wir in Deutschland, bis auf wenige verschwindende Ausnahmen, alle diejenigen, welche eine hervorragende Rolle spielen in der Industrie, der reinen Goldwahrung anhängen. Ich brauche nur auf die jüngsten Berichte der Handelskammern zu verweisen; diese Kenner der Verhältnisse können es sich gar nicht erlauben vorstellen, daß die Regierung auf solche Pläne eingeht. Würde man das annehmen, so würde ein solcher Sturm der Entrüstung entziehen, wie er niemals vorher Rathgefunden hat.

Abg. v. Kardorff: Es ist heute zum zweiten Mal, daß im Deutschen Reichstage der Verdacht ausgesprochen wird, daß wir Bimetallisten von Amerika bezahlt würden. (Widerspruch links.) Ich habe schon einmal gesagt, daß ich die Bücher des bimetallistischen Vereins offen legen würde, um nachzuweisen, daß alles von uns verwendete Geld aus Deutschland kommt. Wenn Herr Barth nicht nachweist, daß irgend jemand von amerikanischem Gelde bezahlt ist, dann muß ich ihn als einen infamen Lügner bezeichnen. (Beifall Widerspruch links; Rufe zur Ordnung.)

Abg. Barth: Eine solche Grobheit und Unverschämtheit kann ich mir von Herrn v. Kardorff nicht gefallen lassen.

Präsident v. Buol: Ich muß den Redner zur Ordnung rufen. (Beifall Widerspruch links; Rufe: infamer Lügner!) Ich bitte um Einschuldigung; gegen den Vorwurf, daß Herr Barth irgend jemand aus dem Reichstage als bezahlt bezeichnet hätte, muß ich ihn in Schutz nehmen; Herr Barth hat das nicht gesagt. (Große Unruhe.) Es wird mir mitgeteilt, daß Herr v. Kardorff Herrn Barth allerdings bedingt vorgeworfen habe, „es würde eine infame Lüge sein“. Auch in dieser Form ist es ein Vorwurf gegenüber dem Abg. Barth, den ich nicht ungerügt lassen darf.

Abg. Barth: Ich mache den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam, daß Herr v. Kardorff direkt gesagt hat, ich sei ein infamer Lügner. Einen solchen beleidigenden Zwischenruf, sei er auch nur konditionell, kann und werde ich mir von niemand gefallen lassen. Solange Herr v. Kardorff nicht vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wird, bin ich verpflichtet, mir direkt Genugthuung zu verschaffen.

Präsident v. Buol: Ich wiederhole, daß nach meiner

Kenntniß es nur in bedingter Weise geschehen ist, und das habe ich gerügt. Wenn der Vorwurf, Herr Barth sei ein infamer Lügner, gefallen wäre, so verdiente das selbstverständlich die höchste Klage, und ich würde den Abg. v. Kardorff zur Ordnung gerufen haben.

Der Etat des Reichskanzlers und der Reichskasse wird bewilligt.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der Staatsberatung: Reichskanzler des Innern.)

Lokales.

Die juristische Sprechstunde kann heute Freitag Abend ausnahmsweise erst um acht Uhr beginnen.

Infolge eines Irrthums ist die Anzeige der am vorigen Donnerstag in der „Berliner Messource“ abgehaltenen Versammlung gestern nochmals veröffentlicht worden. Wir bitten die Parteigenossen um Entschuldigung für dies Versehen.

Auf eine Vollversammlung, die am Dienstag Abend 8 1/2 Uhr bei Spitzig in Friedrichsberg, Frankfurter Allee 198, stattfindet, seien namentlich die Parteigenossen aufmerksam gemacht. Genosse Voghtsprich über das Erglehung's- und Arbeitswerk der Frauen.

Zur Lokalkasse. In Wiesense steht der Arbeiterschaft außer den kürzlich gemeldeten Lokalkassen auch noch Abel's Vereinshaus (Zuhaber Bötcher), Charlottenburgerstr. 151, zur Verfügung.

Nieder-Schönweide. Die Wählerlisten zur diesjährigen Gemeindevahl liegen nur noch bis zum 31. Januar aus. Es ist Pflicht eines jeden, sich davon zu überzeugen, ob sein Name eingetragen ist. Einsicht ist jeden Tag, auch Sonntags von 10 bis 12 Uhr gestattet. Diejenigen, welche nicht Zeit haben, mögen sich an Barbier Weber oder an Restaurateur Strecker wenden, beide Parteigenossen sind zur Einsichtnahme bereit.

In Johannisthal-Nieder-Schönweide stehen der Arbeiterschaft folgende Lokale zur Verfügung: In Johannisthal: Senftleben's Volksgarten und Schaller's Messuarant. In Nieder-Schönweide: Brauer's Vorwärts, Danisch, „Zum großen Kurfürsten“, Restaurant Strecker und Restaurant Assante, Verfrühungslokal. In Ober-Schönweide: Gaserland's und Rudolph's Restaurant. Wir bitten die Parteigenossen, hauptsächlich die Berliner, bei Ausflügen auf diese Loh zu achten.

Arbeiter-Schönbergs. Die Wahl der Gewerbegerichts-Besitzer erfolgt am Sonnabend, den 25. d. M., nachmittags von 4-8 Uhr im Restaurant „Lindenpark“, Hauptstr. 16. Um lebhafte Theilnahme ersucht das Wahlkomitee.

Der Stadtverordneten-Ausschuß hat in seiner Sitzung vom Donnerstag Abend einstimmig beschlossen, zum Stadtvorath den Erbauer des Reichsgerichts, Gaurath Hoffmann in Leipzig in Vorschlag zu bringen.

Menschenwürde. Ein empörender Vorfall wird uns von einigen Personen gemeldet, welche am Montag Abend die Potsdamerstraße passirten. In einem dortigen Kofferd- und Lederwarengeschäft erschien in der lebten Abendstunde in Begleitung einer Dame ein Herr, der sich vom Chef der Firma „Durchlaucht“ anreden ließ und ein zur Zeit im Centralhotel logirender russischer Fürst sein soll. Der Mann verlangte u. a. Hundepfeifen zu kaufen. Ihm wurden solche in entsprechender Auswahl vorgelegt, doch erhob er Bedenken wegen der Haltbarkeit der Waare; es sei vielleicht möglich, die Pfeifen im Geschäft selber anzuprobieren. Die Durchlaucht winkte einem vierzehnjährigen Laufburschen, der sich im Laden aufhielt, heran und bot ihm eine Mark, wenn er einen Schlag mit der Peitsche aushalten wolle. Der Knabe nickte ein; Durchlaucht holte derbe aus und ersuchte dann den Chef, an den Burschen fünf Mark anzugeben. In einem anderen Knaben gleichen Alters läßt Durchlaucht das Experiment etwas ausgedehnter; für etwa sechs Schläge wurden diesem 13 M. gepöndelt. Dann ließ Durchlaucht den draußen haltenden Droschkenführer hereinrufen, der die Ehre gehabt hatte, ihn vor die Thür zu fahren. Dieser bekam in verschiedenen Intervallen eine sehr beträchtliche Anzahl Hiebe, die im ganzen mit 23 Mark entschädigt wurden. Während diese Exekutionen vollzogen wurden, hatte sich selbstverständlich vor dem offenen Ladenfenster ein großer Zuschauerkreis angesammelt, der in lauten Worten seiner Empörung Ausdruck gab. Der Inhaber des Geschäfts machte den Fürsten auf diesen Umstand aufmerksam. „Ach was“, meinte dieser, „was die Geschichte kostet, zahle ich“. Er bot dann noch einigen anderen im Geschäft thätigen Personen drei Mark und dann, als diese die Zustimmung empört zurückwiesen, bis vierzig Mark, wenn sie sich zur Abwechslung seinen Gelästen hingeben wollten. Durchlaucht hatte aber — zur Ehre der in Frage kommenden Männer sei es gesagt — keinen Erfolg mit seinem Gebot; leider hatte auch keiner den Muth, dem rohen Menschen selber eine Lektion zu erteilen oder wenigstens zu bewirken, daß die Durchlaucht auf ihren Geisteszustand untersucht werde. Nachdem der Kunde zwei Peitschen entwei geschlagen und endlich seine Einkäufe beendet hatte, verließ er das Geschäft am Arm der „Dame“, die dem ganzen empörenden Auftritt mit rohem Lachen zugeesehen hatte.

Brausewetter. Ueber die Umstände, unter denen bei Herrn Brausewetter die Geisteskrankheit zur äußeren Erscheinung kam, wird der „Berl. Ztg.“ von durchaus zuverlässiger Seite folgendes berichtet: In der Nacht vom 6. zum 7. Dezember schlief sich, wie erinnertlich, über Berlin ein starkes Gewitter. Auch Brausewetter wurde durch diese merkwürdige Naturerscheinung aus seiner Ruhe geschüttelt. In dem Augenblicke, wo er an das Fenster trat, um das Gewitter zu beobachten, fuhr unter heftigem Donner ein Bliztrahl vor seinen Augen nieder. Hierdurch wurde sein zerrüttetes Nervensystem derart erschüttert, daß zum ersten Male Wahnsinn's-Erscheinungen bei ihm zu Tage traten. Wenige Tage darauf mußte er in eine Anstalt überführt werden.

Ob diese Mitteilung stimmt, wissen wir nicht. Es sei aber bemerkt, daß Brausewetter am 7. Dezember v. J. noch ein Urtheil ansprach, das im höchsten Maße befremdete. Die beiden Schriftsteller Kurt Banke und Luz hatten sich an diesem Tage vor der zweiten Strafkammer wegen Beleidigung zu verantworten. Es betraf einen nebensächlichen Fall, ein Fabrikinspektor im Meinungsachen sühnte sich durch eine Wendung im 184ter Parteitags-Protokoll, das die Angeklagten redigirt hatten, getroffen. Das Urtheil lautete für jeden der Angeklagten auf nicht weniger als drei Monate Gefängniß — selbst vom Brausewetter hatte man derartiges nicht erwartet.

Mit Bezugnahme auf den Fall Brausewetter erinnert der Grapholog und gerichtliche Sachverständige Herr Langenbruch ein bißchen Blatt an einen Ausspruch, den er vor zirla einem halben Jahre zu thun Gelegenheit hatte. Herr Langenbruch erklärte nämlich damals, als ihm die Unterchrist des Landgerichts-Direktors Brausewetter gezeigt wurde, sie trage einen pathologischen Charakter, wie man ihn häufig bei Hypochondern und Nervenkranken finde, und aus der Schrift spreche durchaus nicht das Bild des Brausewetter, das man nach allem, was in die Desfinitivität gedrungen sei, sich machen müsse. Der Grapholog hat also damals bereits die Erkrankung wahrgenommen. Herr Langenbruch weist im übrigen darauf hin, daß Dr. Erlenneyer schon im Jahre 1879 in seinem Werke „Die Schrift“ verschiedene pathologische Handschriften beschrieben und auf den diagnostischen Werth der Schrift aufmerksam gemacht habe. Langenbruch fügt hinzu, daß heutige graphologische Wissen, auf die Handschrift Brausewetter's angewendet, würde die Fest-

Von den Wirkungen des Guaden-Erlasses. Eine bittere Satire auf unsere sozialen Zustände bildet eine Nachricht, die von der böhmischen Grenze her in die Presse dringt. Aus Grottau bei Reichenberg in Böhmen wird geschrieben: Am letzten Sonnabend wurde unsere Stadt von einer großen Anzahl Bettlern und Landstreichern überflutet, die infolge des in Deutschland eingetretenen Guadenerlasses aus den Gefängnissen der benachbarten Grenzstädte entlassen worden waren und nun ihren Weg hierher genommen hatten. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor, so daß die hiesigen Arresträume bald überfüllt waren. Man transportierte daher noch am selben Abend eine Schaar verhafteter Personen nach Krákov, wo sie in dem dortigen Bezirksgerichts-Gefängnisse untergebracht wurden. Ist es nicht eine bittere Satire auf unsere Zustände, daß da Tugende von Leuten, die man eben erst „begnadigt“ hat, wenige Stunden später schon wieder in einem anderen Gefängnisse sitzen? Die Amnestierten waren, so meldet selbst ein liberales Blatt, nicht etwa schwere Verbrecher, sondern obdach- und arbeitslose Leute — vielleicht auch einige wirklich Arbeitsscheue darunter — denen gar nichts anderes übrig blieb, als in der wiedereröffneten „Freiheit“ von neuem betteln zu gehen. Vielen von ihnen mag die österreichische Polizei geradezu einen

Gewissen getan haben, daß sie ihnen wieder eine Unterkunft gewährte.

Wie die Expedition des Dr. Ehlers zu grunde ging. Man schreibt der „Frankf. Zig.“ aus Sadow vom 10. Dezember: Ueber den Untergang der Ehlers'schen Forschungs-Expedition sind jetzt aus Port Moresby einige ergänzende Mitteilungen eingegangen. Danach haben an der insgesamt 44 Köpfe zählenden Expedition außer Dr. Otto Ehlers, dem Polizeimeister Biering und dem vermutlich zu Trägerdiensten verwendeten Insulaner aus dem Bismarckarchipel auch einige Soldaten der eingeborenen Polizeitruppe teilgenommen. Die Insulaner sind gleich zu Anfang der Reise auf und davon gelassen. Die Reisenden sollten mit Gewehren und Munition ausreichend versehen gewesen sein, hätten aber, nachdem sie einmal das Innere erreicht, keinerlei Gelegenheit gehabt, von ihren Wägen Gebrauch zu machen, so daß sich, da die mitgeführten Vorräte sehr bald erschöpft waren, nach kurzer Zeit die entsetzlichsten Entbehrungen einstellten. Eine schreckliche Plage schienen auch die sogenannten Fischblutegel gewesen zu sein, die die Leiber der Unglücklichen förmlich bedeckten, so daß der Blutverlust die Ermattung noch vergrößerte. Ueber das Ende Dr. Ehlers' und seiner Begleiter melden diese

neueren, vom 9. November datierten Nachrichten im Gegensatz zu den früheren Mitteilungen, daß zwei Monate nach dem Aufbruche der Expedition beide Beise erlegen seien, „augenscheinlich“ verhungert. Ebenso seien 22 Eingeborene durch die erlittenen Entbehrungen umgekommen. Der Rest ist nach viermonatiger Wanderung in Noua Motu eingetroffen, wohnin die Regierung aus Britisch Neu-Guinea nach Befanntwerden der Nachricht alsbald den Regierungsschoner „Vohoku“ abgefaht hat, um dieselben nach Port Moresby überzuführen. Dort sollen die Leute so lange verpflegt werden, bis sich eine Gelegenheit zu ihrem Rücktransport nach Kaiser-Wilhelmsland findet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde kann heute Freitag Abend ausnahmsweise erst um acht Uhr beginnen.

Druckfehler-Berichtigung. In dem ersten Teilarartikel über die Sozialdemokratie und das bürgerliche Gesetzbuch ist in Spalte 3, Zeile 25 durch einen Druckfehler der Name des Justizraths Levy in Justizrath Berg verkehrt worden. S. N. 800 Pfund.

G. Z., Charlottenburg. Nächste Nummer.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, 24. Januar.

Opernhaus. Die Jünglinge.

Schauspielhaus. Der Revisor.

Deutsches Theater. Der Meister von Palmyra.

Lesing-Theater. Untreu. — Fräulein Wittwe.

Berliner Theater. Faust.

Neues Theater. Der Herr Direktor.

Residenz-Theater. Hals über Kopf.

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Hungerleider.

Theater Unter den Linden. König Schilperich.

Schiller-Theater. Der Widerspenstigen Zähmung.

Adolph Ernst-Theater. Frau Hohengrin.

Central-Theater. Eine tolle Nacht.

Belle-Alliance-Theater. Böse Buben.

Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Zimmer. — Nr. 66.

National-Theater. Opfer der Großstadt. — F. Heus, das Waldmädchen.

American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshafen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.

Mittwoch, den 22. Januar 1896.

Zum 140. Male:

Eine tolle Nacht.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Wilh. Mannstädt. Musik von Julius Einödshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexanderplatz-Theater.

Heute 8 Uhr: Zum 96. Male:

Die kleinen Zimmer.

Paradeville in 2 Akten von L. Varney. Vorher: Nr. 66.

Operette in 1 Akt von J. Offenbach. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Sonnabend: Zum 1. Male: **Vitto.**

Operette in 1 Akt von Hans Loevenfeld. Dienstag, den 28. Januar: Unter Leitung des Komponisten Louis Varney aus Paris: Zum 100. Male: **Die kleinen Zimmer.**

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.

Täglich sensationeller Erfolg von **Dora Parness.**

Salerno. Toni Daré.

Sergeant Simms mit seinen 12 Negerknaben u. s. w. u. s. w. Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützowstrasse 111/112.

Heute, Freitag, den 24. Januar: **Soiree der altbeliebten Stettiner Sänger**



(Meyzel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)

Nach der Soiree in den Gesamträumen der Victoria-Brauerei: **Stettiner Sänger-Ball.**

Künstler-Üblichkeit. — Fest-Polnais mit Damensponde. — Während der Kaffeepause: Vorträge. — Sänger-Wettstreit. — Komponisten-Reunion.

Die bekanntesten Tänzer werden von den Komponisten persönlich dirigiert.

Anfang des Balles: 11 Uhr.

Ball-Billets à Mark 1,50 sind in der Musikalien-Handlung von Steidl, Kommandantenstr. 1/2, in den Vorverkaufsstellen der Victoria-Brauerei und abends an der Kasse zu haben.

Die Ballbillets berechnen auch zum Besuch der vorangehenden Soiree.

Kaiser-Panorama (Passage).

V. Jyklus hochinteressant. Erinnerungen von Feldzug 1870-71. Dritte Reise durch d. malerischen Alpen Oberitaliens. Eine Reise 20 Pf., Kinder 10 Pf., Abonn., 8 Reisen, nur 1 M.

Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.

Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).

Geöffnet von 5-10 Uhr.

Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.

Näheres die Anschlagzettel.

Feen-Palast

Burgstrasse 22.

Direktion: Winkler & Fröbel.

Das riesengroße, für Berlin neue **Januar-Programm.**

Kolossaler Erfolg sämtlicher **Spezialitäten.**

Um 10 Uhr: Auftreten der mit stürmlichem Beifall aufgenommenen originellen Miniatur-Soubrette **Princess Colibri.**

Anfang / Sonntags 6 Uhr. / Wochentags 7 1/2 Uhr. / Entree 30 Pf., Reserv. Pl. 50 Pf.

Das **Löwenweib.**

Allerseelen.

!! Der Eden-Garten !!

Marionetten

Castan's Panopticum.

Walhalla-Theater

Oranienstr. 52 (nicht am Moritzplatz). Eine Stunde im **Zukunftsstaat.**

Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater. Dresdenerstr. 52/53, Amentstr. 42/43 (City-Passage).

Heute, Freitag, 24. Januar: **Gala-Beneiz-Vorstellung** für den Regisseur **Edwin Stempel.**

Vollständig neues Programm.

Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf., Ref. 50 Pf.

R. Winkler.

Neuer Circus.

Circus Busch (Bahnhof Börse).

Freitag, 24. Januar, Abends 7 1/2 Uhr:

Gr. humorist. Vorstellung. **Fschens, das Waldmädchen.**

Neue Einlage **Elektrisches Ballet.**

Außerdem:

Die amerikanischen Freunde, höchst kom. Episode. Der Clown Veldeman als Komponist. Gebr. Cavallini als Duellanten. Tom-Toms erster Reitunterricht. Broth. Dux, die lahmen Chinesen. Zum 1. Male: Gebr. Delaforeste, großart. Reckturner. Leopard, Pferd medtlen. Kasse, dress. u. geritten von Hrn. Footitt-Burghardt. Damen-Schulquadrille, geritten von 6 Damen. 3 russ. Rapphengste, dress. und vorgeführt vom Direktor Busch.

Sonnabend: **Fschens, Elektr. Ballet.**

Sonntag: Zwei Vorstellungen.

Nachmittags 4 Uhr (ermäss. Preise) und ein Kind unter 10 Jahren frei): **Winternachts Traum.**

Abends 7 1/2 Uhr: **Fschens.**

Die Reueführung gegen den Arbeiter Schuhr nehme ich zurück, weil er ein ehrenhafter Mann ist.

28216 **Frau Dreblow.**

W. Noack's

Konzert- und Gesellschafts-Säle, Brunnenstr. 16.

Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:

Großes Konzert

Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:

Großer Ball.

Empfehle meine hochelegante Säle für Vereine, Privatgesellschaften zu den feinsten Bedingungen.

W. Noack.

Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an, Täglich wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtöden bei Behütung umsonst.

Gudek, Kaufmännischer Platz 2, Elsfasserstr. 12

Sophastoff-Neste

in Bezügen ausreichend in Phantasia, Rips, Damask, Crêpe, Gobelin, Moquette und Plüsch sowie Satteltätschen spottbillig.

J. Adler

Toppich-Fabrik, Spandauerstraße 30 gegenüber dem Rathaus.

Um meinen ausgedehnten Kundenkreis wohl unterrichtet zu halten, werden allwöchentlich an dieser Stelle die neuesten Preise erscheinen.

Heut! Hülsenfrüchte:

Prima kleine gelbe Erbsen	1 Pfd. 13 Pf.	2 Pfd. 25 Pf.	5 Pfd. 60 Pf.
Prima große gelbe Erbsen	13	25	60
Prima grüne Erbsen	13	25	60
ff. prima graue Königsb. Erbsen	25	50	120
Schälerbisen, extra prima	20	40	90
Schälerbisen, prima	18	35	85
Schälerbisen, halbe	13	25	60
Perlbohnen	15	30	70
Langbohnen	18	35	85
Große Salatkohlen	22	45	105
Gelberunde Backboh. (sehr fein)	20	40	95
Bunte runde Bohnen / häßig	20	40	95
Kleine Linsen	10	20	45
Mittel Linsen	15	30	70
Große Linsen	20	40	95
Gelberunde	28	55	135

Alle Hülsenfrüchte werden auf bestes Rothen geprüft und kommen sauber verlesen zum Verkauf. Sämtliche Sorten sende ich auf Wunsch durch eigene Gespanne frei ins Haus. Achtungsbooll 4192L*

W. Bartsch, Hauptgeschäft: **Mantuffel-Str. 89.** 2. Gesch.: **Markt, Eisenbahn u. Pädlerstr., St. 218/214.** 3. Gesch.: **Markthalle Badowerstr. u. Luisen-Ufer, St. 229.**

Glühwein-Extrakt,

hochrein, à Literflasche 1,30 M., 5 Literflaschen 6 M. inkl.

Punsch-Extrakt, Grog-Extrakt, à Literfl. 1,60 M., 5 Literfl. 7,50 M.

Ananas-Punsch, Burgunder-Punsch, à Literfl. 3,50 M.

Cognac fine Champagne, Orig.-Bl. 1/4 Liter. inkl. 3,50, 4,50, 5,50 M.

Echt Jamaica-Rum und Verschnitt, à Literfl. 2,10, 2,50, 3,10 M.

Rum No. 3, Imitation, à Literfl. 1,10 M., 5 Literfl. 5 M. inkl. [4187L*]

Medicin. Ungarwein, 1/2 Ansbuch, beste Qualität, Literfl. 2,10, 5 Pf. 9 25.

Nimbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, ganz vorzügl., Literfl. 1,30 M.

Eugen Neumann & Co.

6 a Belle-Alliance-Platz 6 a. 81 Neue Friedrichstr. 81.

8 Cranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Niederlage: Potsdam, Waisenstr. 27.

R.F. Mittelstädt's Original-Löwenbitter ist aus passender Kräutern abdestilliert befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.

In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80.

Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.



Seh'n Sie, das ist ein Geschäft!!!

Jeden Abend **ausverkauft!!!**

Kaufmann's Variété-Theater

Königsstraße, Kolonnaden.

Das Karneval-Programm

Zum Todtschreien

Blanck's Stadt-Klatsch

Hammerstein's Memoiren.

Transvaaler Friedenstanz

Ehränen muß man lachen über

Hals über Kopf!!!

Passage-Panopticum.

Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:

Affentheater und Circus.

30 Affen, 30 Hunde, 12 Pferde, Esel, Ziegen, Schweine, Hasen



Achtung!
Genossinnen und Genossen!
Freitag, den 24. Januar, in der Norddeutschen Brauerei,
Chaussee-Straße 58:

Volkerversammlung

Tagesordnung:
1. Die moderne Prostitution und die bürgerliche Frauenrechtleri.
Referentin: Frau Clara Zetkin aus Stuttgart.
2. Diskussion.
Um zahlreichen Besuch bittet
Die Einberuferin:
1/15 Frau Ottilie Gerndt.
Die Führerinnen der Frauenrechtlerinnen sind brieflich ein-
geladen.

6. Wahlkreis.

Freitag, 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Zwinemünder
Gesellschaftshaus, Zwinemünderstr. 35:

Gr. Volkerversammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten W. Klees (Magdeburg) über:
Die Handwerkerfrage. 2. Diskussion.
Zur Deckung der Unkosten Zellerksammlg.
Der Einberufer.

Achtung! Öffentliche Versammlung

der an Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplätzen
beschäftigten Arbeiter

am Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Joël, Andreas-Straße Nr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Kollegen zur Lohnbewegung und welche Forde-
rungen stellen wir? 2. Diskussion. 3. Wahl der Revisoren.
83/20 Der Vertrauensmann.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder.
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 26. Januar 1896, vormittags 10 1/2 Uhr:
Hauptversammlung
in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 21-22.
Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Kontrollbericht. 3. Ver-
schiedene Kassenangelegenheiten.
24/20 Die Ortsverwaltung.

**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.**
Unsere am Sonntag, den 26. Januar, die „Urania“ besuchenden
Mitglieder bringen wir zur Kenntnis, daß infolge eingetretener Aenderung
des Spielplans das Ausstattungsstück „Vom Fels zum Meer“ nicht zur
Darstellung gelangen kann. Dafür der neueste Vortrag „Das Führen
im Ei“ und am Sonntag, den 2. Februar, wiederum: „Vom Fels zum
Meer“.
112/16 Der Vorstand.

Achtung! Verein der Former.
Sonntag, den 26. Januar, vormittags präzis 11 Uhr,
finder die am 12. Januar nötiger Sachen halber vertagte
General-Versammlung
Hirtenstr. 21, statt. Der wichtigen Tagesordnung halber sind alle Mit-
glieder ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand. J. N.: Alb. Rewis.
23195

Tischler-Verein.
Sonntag, den 25. Januar, abends 9 Uhr, Melchiorstraße 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billets zu
dem am 22. Februar im Sanssouci stattfindenden Massenball.
Die Mitglieder werden auf § 3 des Statuts aufmerksam gemacht.
Namen haben Zutritt.
198/27 Der Vorstand.

Achtung! Reinickendorf. Achtung!
Große öffentliche Versammlung
am Sonntag, den 26. Januar, vormittags 11 Uhr,
im Lokale des Herrn Grunow, Nordbahnstraße 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten Herrn Jakobov: Wie stellen sich
die Arbeiter zu den Gemeindevahlen. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Wahl-
komitees. 4. Verschiedenes. — Entree 10 Pf.
Um zahlreichen Besuch bittet
223/2 Der Vertrauensmann.

Cöpenick.
Sonntag, 26. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Kaiserhof
(Golecki):
**Öffentliche Gewerkschafts-Versammlung
der Zimmerer.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über den Zweek und Nutzen der Verkürzung der Arbeitszeit.
Referent Genosse Timm. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
257/3 Der Einberufer.

**Sozialdemokratischer Verein
für Stralau-Rummelsburg und Umgegend.**
Sonntag, den 26. Januar, nachm. 1 Uhr, bei Sirochmeyer, Markgrafendamm:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1895.
2. Anträge des Vorstandes.
3. Vereinsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches Erscheinen erwartet
6/8 Der Vorstand.

**Zentral-Kranken- u. Sterbelasse
der Tischler u.**
Verl. Verwaltung Berlin F.
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 26. d. M.,
vormittags 10 1/2 Uhr,
im Belforter Salon, Belfortstr.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quart. 1895.
2. Vortrag des Herrn Dr. Wegl
über Sympotismus. 3. Verschiedene
Kassenangelegenheiten.
183/4 Die Ortsverwaltung.

**Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik**
Gustav Ruffig, Berlin N., Prinzenstr. 46.
verleiht gegen Rücknahme (nicht unter 10 W.)
ganzes neue vorzügliche Bettfedern,
sowie 25 St. Halbhaaren, 2 W. 1.25
verschiedliche Faunen, 2 W. 2.25
Von diesen Faunen genügen
3 Pfund zum größten Oberbett.
Verpackung wird nicht brechen.

**Täglich, auch Sonntags vorm. von
7-9 Uhr: 40418***
**Verkauf von gefoxtem
Rind- u. Schweinefleisch**
à 30-40 Pf. per Pfd.
Rückenfett à 45 Pf. per Pfd.
Verwaltung der Kochanstalt
Central-Viehhof.

Ausschank.
Eine hiesige Brauerei wünscht noch
mehrere kleinere Ausschanklokale ein-
zurichten, in denen
23176
1) Liter Lagerbier
zum Preise von 10 Pfg. verkauft
wird. Unbescholtene Bewerber, die
eine Kaution von 1000 M. stellen können,
haben ihre Offerten mit Angabe der
früheren Tätigkeit sub A. S. an die
Exp. d. Zeitung einzureichen.

Strickmaschinen
aus der Dresdener Strickmaschinen-
Fabrik sind die besten und ein leichter
Erwerbzweig für Männer, Frauen u.
Fam.-Geschäfte. Erlernen leicht und
gratis. Arbeit wird nachgewiesen.
Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei
dem Vertreter H. Domburger, Heilige-
geiststr. 49, Berlin. 41502*

Rohtabak.
Grösste Auswahl! Billigste Preise
Sämtliche Fabrikations-Artikeln.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Grunnenstraße Nr. 185.

**Sophastoff-
Kette**
in Aips, Damast, Cröpe,
Phantastik, Gobelins und
Plüsch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu
Fabrikpreisen.
Läuferstoffe
Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstraße
158.

**Kleiderspind, Wäschspind, Bett-
stellen, Federboden, Sopha, Sophatisch,
Wäschgarnitur sofort billig Reich-
bergerstr. 160, v. 1 Tr. I. 22545**

**Ein kleiner Gasthof ist umständ-
halber sofort billig zu verkaufen. An-
zahlung 2000 Mark. 23205**
Ludwig Matzke,
Ludau H.-L.

**Große Restauration, Schlefische
Thor-Umgend (Gew.-Aussst.), zu verl.
Näheres Dresdenstr. 26 (Zigarren-
Geschäft. 23166**

**Vereinzimmer für Gesangsvereine,
auch passend als
Zahlst. Kant. Oranienstr. 116. 23185**

Arbeitsmarkt.
Farbige sucht A. B. Schultz,
Wasserthorstr. 46. 23135

**Tüchtige Plätterin für Freitag und
Sonntag sofort gesucht.
Klosterstraße 52 (Baden).**

**Tüchtige, geübte Rollenwiele-
rinnen und Ladrerinnen für Tele-
graphenapparate verlangen für sofort
Act.-Gesellsch. Mix & Gosst,
23155 Wiltonstr. 67.**

**Zuschneider, der schon in Engros-
geschäften gearbeitet, gesucht. 23245**
Carl Pinn, Spandauerstr. 81.

**Schleifer sof. verlangt. Schöneberg,
Hauptstr. 106 bei Lange. 23255**

**Zwei Steinfeger-Ges. verl. Öffinger,
Oberschönweide. Zu erf. b. Restan-
rateur an der Brücke. 23235**

**Tüchtige Kernstück-Formen
für große Monumental-Bühnen sofort
gefunden. Adressen unter G. 100 an die
Expedition dieses Blattes. 41792***
Farbige sucht Friedenstr. 10.

Arbeiter-Bildungsschule
Sonntag, den 26. Januar, abends 6 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Volk, Alte Jakob-Straße Nr. 75:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Alfred Bernstein über: „Moderne
Heilkunde“. Hierauf: Gemüthliches Bellsamsenseln mit Tanz.
Nach dem Vortrage haben nur noch Mitglieder sowie deren Angehörige Zutritt.
Entree 10 Pfennig. 5/4
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Achtung, Holzarbeiter!

Montag, den 27. Januar, abends 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
im Moabiter Klubhaus, Besselfstraße 9.
Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Holzarbeiter Berlins und
Umgegend zu einer Lohnbewegung? Referent: Kollege Otto Grunert.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Bei der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in
dieser Versammlung zu erscheinen.
80/16 Der Vertrauensmann.

Achtung! Steinarbeiter Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 26. Januar, mittags 12 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Cohn (großer Saal), South-Straße Nr. 20:
Große Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum neuen, ausgearbeiteten Tarif. 2. Berichterstattung
über den Streik bei Riggel, Trebbinerstraße. 172/10
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Der Vertrauensmann. J. Buchmann, Fiedrichstr. 88.

Achtung! Schäftebranche.
Sonntag, den 26. Januar, abends 9 Uhr, bei Wernau, Rosenthalerstr. 57:
173/14 **Versammlung.** Der Vorstand.

Achtung! Lichtdrucker Berlins u. Umg.
Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr:
Öffentliche Versammlung
im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstraße 44.
Tages-Ordnung:
1. Die Verschlechterung der Zustände in der Lichtdruckbranche (besonders
bei der Firma Dr. Mertens & Rückwardt) und welche Stellung haben wir
einzunehmen? Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Dis-
kussion. 3. Verschiedenes.
NB. In anbetragt der Wichtigkeit dieser Versammlung ist es Pflicht
jedes Kollegen, zu erscheinen. 102/11 Der Einberufer.

**Freie Vereinigung der Bauanschläger
Berlins und Umgegend.**
Sonntag, den 26. Januar 1896, bei Köllig,
Neue Friedrich-Straße 44:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten.
88/6 Der Vorstand.

Achtung! Zimmerer des Nordens! Achtung!
Sonntag, den 26. Januar 1896, vormittags 10 Uhr,
im Viktoria-Garten, Badstraße 12:
Bezirks-Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Gustav Kessler, Regierungs-Fau-
meister a. D. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
257/14 J. N.: Gustav Otto, Bezirkskassirer, Wiesenstr. 41.

Zimmerer!
Sonntag, den 26. Januar, vorm. 10 1/2 Uhr,
in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 21-22:
Außerordentliche Verbands-Versammlung
des Verbandes deutscher Zimmerleute
und verwandter Berufsgeoffen (Zahlstelle Berlin).
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des 4. Quartals 1895. 2. Wie stellen sich die Mitglieder
des Verbandes zu dem vom „Verein der Zimmerer Berlins“ herausgegebenen
Flugblatt und unsere weitere Stellung zu dem neugegründeten Generalfonds.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Die Versammlung
wird pünktlich eröffnet. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
254/15 Der Vorstand.
NB. Die gemahregelten Mitglieder werden ersucht, sich in den
Besitz einer Streikkarte zu setzen: dieselben sind bei Claus, Kranen-
straße 18, zu haben; ebenfalls ist Claus mit der Kontrolle beauf-
tragt. Die Auszahlung der Unterstützung findet ebenfalls dort statt
und zwar am Sonntag, nachmittags von 3-4 Uhr. D. O.

Neu eröffnet!
Hippodrom u. Reitbahn
Rungestr. 8 Rungestr. 8
Großes Musikreiten für Herren und Damen täglich
bis abends 11 Uhr. Entree frei.
Auß. Bühne schmerzlos eingeseht, feilschend. Reparaturen sofort. Weniger
Bermittelte Ermäßigung. Kreslawski, Spittelmarkt 13